



Pressestimmen zu den
4. Reckahner Bildungsgesprächen
24. und 25. Juni 2009 Reckahn/Potsdam

29. Juni 2009 bildungsklick.de

30. Juni 2009 taz.de

06. Juli 2009 dpa Kulturpolitik

URL: <http://bildungsklick.de/a/68855/koennen-und-wollen-staat-und-schule-ungleiche-startchancen-kompensieren/>
Artikel

Können und wollen Staat und Schule ungleiche Startchancen kompensieren?

Die vierten Reckahner Bildungsgespräche über das Thema Familie

29.06.2009

(redaktion) "Risikofaktor Familie – eine Aufforderung an Schule und Politik". Das Thema der vierten Reckahner Gespräche ergab sich beinahe zwangsläufig aus den Diskussionsrunden der vergangenen Jahre. Es machte eindrucksvoll deutlich, wie verstrickt die Politik- und Handlungsfelder Schule, Staat und Zivilgesellschaft sind und dass es bislang offensichtlich keine Patentrezepte für eine geglückte Familienpolitik und damit auch für ein gerechtes Bildungssystem gibt.

Jährlich im Frühsommer treffen sich seit nunmehr vier Jahren Wissenschaftler, Politiker und Journalisten bei den Reckahner Bildungsgesprächen, um im dortigen Schloss über Bildung in Deutschland zu reden. Veranstaltet werden die Bildungsgespräche vom Verband der Schulbuchverlage (VdS Bildungsmedien e.V.) in Kooperation mit den Universitäten Potsdam, Dresden und der Humboldt-Universität Berlin.

Nachdem man in den vorangegangenen Jahren über Bildungsstandards, Lehrerbildung und Bildungsarmut debattiert hatte, wollten sich die Teilnehmer in diesem Jahr dem Zusammenspiel von Familie, Schule und Politik widmen. Unumgänglich, dass bei diesem Thema eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Aspekte diskutiert wurde - angefangen vom Zusammenspiel von Elternhaus und Schule, über die Beziehung Schule und Wirtschaft bis zur Frage der Schulstruktur. Die Rolle und Verantwortung der Kommunen und der einzelnen Bürger wurde ebenso hinterfragt wie die Wirksamkeit von Infrastruktur- und Arbeitsmarktpolitik.

Dr. Heike Solga, Forschungsdirektorin am Wissenschaftszentrum Berlin, prangerte in ihrem Auftaktreferat die "Herkunftslotterie der Bildungschancen" an, weil im deutschen Bildungssystem wie in kaum einem anderen entwickelten Land der Welt die soziale Herkunft darüber entscheide, welche Bildungschancen Kinder in der Schule und in ihrem weiteren Lebensverlauf haben. "Diese Herkunfts-Lotterie wäre an sich in Bezug auf Bildung wenig problematisch, wenn unser Schulsystem ungleiche Startchancen und ungleiche familiäre Unterstützungsstrukturen kompensieren würde. Tut es aber nicht", konstatierte sie. Und der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Ulrich Thöne, fragte weiter, ob diese Gesellschaft wirklich alle Kinder fördern wolle, oder nur einige wenige.

Solga stellte außerdem einen Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktpolitik und Bildungschancen für Kinder her. Was, wenn die Ressourcen anders verteilt würden und aus arbeitslosen Eltern berufstätige Eltern würden, wollte sie wissen. Eine so veränderte Familiensituation könne möglicherweise die Bildungschancen der Kinder anders beeinflussen als etwa Beratung und Elternbildung.

Das Thema Elternarbeit müsse in der Lehrausbildung intensiviert werden, forderte hingegen Prof. Dr. Reiner Lehberger von der Universität Hamburg und seine Kollegin von der Universität Dortmund, Prof. Dr. Lilian Fried beklagte, dass zwar seit Jahrzehnten über Elternarbeit diskutiert werde, sich aber die Vorstellung keineswegs durchgesetzt habe, dass Elternarbeit eine zentrale Bildungsaufgabe sei.

Pater Klaus Mertes, Rektor des Canisius-Kollegs in Berlin, wollte die Grenzen zwischen den verschiedenen Professionen nicht verwischt sehen und brach eine Lanze für die Leistungsfähigkeit des Systems Schule. Sein Leitsatz: "Lehrer sind keine Mitleitern und Eltern sind keine Mitlehrer". Schule, so Mertes, habe nicht den Auftrag, Eltern zu erziehen. Der gegenwärtige Bildungsdiskurs, der den Lernerfolg geradezu schicksalhaft abhängig mache von sozialen Herkunftsverhältnissen wirke kontraproduktiv, behauptete er. "Schule kann viel mehr als unterstellt wird – auch ohne Eltern. Wir müssen aufpassen, dass wir den Diskurs nicht so führen, dass er dann performativ zurückschlägt auf die Schule selbst und die Eltern und die Schüler am Ende selbst glauben, dass Schule gar nichts ausrichten kann, so lange sie nicht in anderen sozialen Verhältnissen leben", so seine These.

Der Berliner Familienforscher Prof. Dr. Hans Bertram verwies auf andere Zusammenhänge und zitierte aus einer Zusatzuntersuchung zu den PISA-Ergebnissen über die schlechten Mathematikleistungen der 15-jährigen Schüler in Mecklenburg-Vorpommern.

In diesem Bundesland hätten Schüler extrem lange Schulwege, sie seien täglich zwei Stunden und mehr unterwegs - mit negativen Auswirkungen auf ihre Schulleistungen. "In einer Region, in der die Infrastruktur für Kinder nicht mehr aufrecht erhalten werden kann und Kinder immer größere Wege überwinden müssen, um zur Schule zu kommen, haben Eltern wenig Einfluss", beschrieb er die Situation und forderte dringend eine Antwort auf diese Infrastrukturprobleme. Große Städte, so Bertram weiter, sollten besonders viel in die Bildungssysteme problematischer Stadtteile, etwa solche mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund, investieren. Er sprach dabei von einem Wertausgleich.

Wie das funktionieren kann, erklärte die Hamburger Bildungssenatorin Christa Goetsch anhand der dortigen Bildungsreform. Künftig werde keine Klasse mit mehr als 25 Schülern gebildet, in Brennpunktregionen liege die Höchstgrenze sogar bei nur 20 Schülern pro Klasse. Dabei spiele auch die Schulstruktur eine massive Rolle, "deshalb haben wir sie geändert", ergänzte Peter Daschner vom Hamburger Landesinstitut für Schulentwicklung.

Von einer Kumulation von Risiken bei immer mehr Kindern warnte Prof. Dr. Günther Opp von der Universität Halle. Der Resilienzforscher nannte verschiedene Faktoren: Armut, wenig Bewegung, schlechte Ernährung, unkontrollierter Fernsehkonsum. Kinder, so Opp, bräuchten umso mehr Hilfe, je massiver diese Risiken seien. Und dafür müsse das Bildungssystem ausgestattet werden, Schule, so sein Plädoyer, müsse sich viel stärker als Lebensfeld verstehen.

Gleichzeitig verwies Opp auf eine andere Entwicklung, die er bei Kindern aus begüterten Familien mit bildungsinteressierten Eltern beobachte. Hier setze sehr früh eine Kalkulation zwischen "Bildungsinvestition und Outcome" ein. Es gehe ihm nicht darum, diese Eltern zu diffamieren, "deren Kinder bereits mit zwei Jahren Englisch lernen, aber es gibt unter diesen Kindern eine Gruppe, die sich zum Beginn der Vorpubertät aus den überfordernden Leistungserwartungen ihrer Eltern ausklinken". Auch diese Kinder sollten im Auge behalten werden.

Keine Familie sei allein in der Lage Kinder zu erziehen, zitierte Bertram schließlich den amerikanischen Soziologen James S. Coleman. Sie müsse in einen Kontext eingebettet sein und von Nachbarschaft, Verwandten und anderen unterstützt werden. "Wir tun so, als ob es die Dualität Staat und Familie gebe und vergessen immer, dass Erziehung auch Aufgabe des Kontextes ist. Wenn wir über die Stärkung der Familie nachdenken, müssen wir über die Stärkung des Kontexts nachdenken."

Zur Veröffentlichung freigegeben - bildungsklick.de

Kulturpolitik

Nr. 28/2009 06. Juli 2009

AKTUELLES

DAAD: Großes Interesse an Deutsch-Türkischer Uni in Istanbul	2
NRW-Modellversuch zu Islam-Religionsunterricht	4
Imam-Ausbildung an Universität Osnabrück geplant.....	7
Projekt „Junge Migranten als Lotsen“ gestartet.....	8
Reckahner Bildungsgespräche: „Risiko Familie“ entschärfen.....	10
Heimerziehung: Jugendämter sehen Defizite bei Eltern.....	13
Fahrplan für den neuen Elite-Wettbewerb steht	13
Aigner gegen Aus für Schulobst-Programm	14

KULTURPOLITIK

Konferenz fordert Rückgabe jüdischen Besitzes	16
---	----

BERUF UND WEITERBILDUNG

Scholz-Konzept für ausländische Abschlüsse	19
--	----

FORSCHUNGSPOLITIK

Klima-Institut für „Wissenschaftselite“ in Potsdam.....	20
Servicezentrum hilft bei Entscheidungen zum Klimawandel.....	21

HOCHSCHULE

Geldnot treibt Abiturienten zum Studienverzicht.....	23
Qualitätszweifel am deutschen „Dr. med.“.....	24

SCHULE

Jede dritte Kooperative Gesamtschule wieder mit G9.....	27
Bayerns Hauptschulen sollen Mittelschulen werden	29
GEW: Stuttgart stellt nur wenig Junglehrer ein.....	30

VORSCHULE

Gemeindebund fordert Ende der Kita-Streiks.....	32
---	----

TERMINE

34

INHALT (GESAMT)

37

Verantwortlich: Ursula Mommsen-Henneberger, Tel. 040/41 13 322 75
E-Mail: dossier.kulturpolitik@dpa.com

AKTUELLES

Deutschland/Türkei/Hochschulen

DAAD: Großes Interesse an Deutsch-Türkischer Uni in Istanbul

Berlin/Istanbul (dpa) – Die geplante erste deutsch-türkische Universität in Istanbul stößt an den Hochschulen in Deutschland auf großes Interesse. „Die Nachfrage von Studierenden mit und ohne türkischen Hintergrund ist schon jetzt groß“, sagte **Beate Schindler-Kovats**, beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) zuständig für „Hochschulprojekte im Ausland“, am 2. Juli dem dpa-Dossier Kulturpolitik. Insgesamt 40 deutsche Hochschulen hätten ihr Interesse an einer Mitwirkung an der DTU bekundet. 22 Hochschulen, darunter sechs federführende Universitäten, haben am 23. Juni ein Konsortium zur weiteren Vorbereitung der staatlichen Universität am Bosphorus gegründet. Sie werde frühestens im Wintersemester 2010/11 starten, sagte Schindler-Kovats.

Das Hochschulkonsortium werde unter Federführung des DAAD (Bonn) die weitere Ausgestaltung der Universität mit den türkischen Projektverantwortlichen abstimmen, teilte das Bundesbildungsministerium am 23. Juni mit. Für jede der fünf Fakultäten und das Fremdsprachenzentrum der DTU werde eine deutsche Universität die Federführung und Koordination übernehmen. Für die Fakultäten ist folgende Aufgabenverteilung vorgesehen:

- Rechtswissenschaften: Freie Universität Berlin (**Philip Kunig**)
- Naturwissenschaften: Universität Potsdam (**Sabine Kunst**)
- Ingenieurwissenschaften: Technische Universität Berlin (**Kurt Kutzler**)
- Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Universität zu Köln in Kooperation mit der Universität Münster (**Wolfgang Wessels, Köln**)
- Kultur- und Geisteswissenschaften: Universität Heidelberg (**Vera Nünning**)

Das Studium werde Bologna-konform in der gestuften Struktur mit Bachelor, Master und Promotion organisiert, sagte Schindler-Kovats. Die Türkei, die zu den 46 Bologna-Staaten zur Angleichung des europäischen Hochschulraums gehört, habe ihr System schon weitgehend umgestellt. Geplant seien viele Doppel- oder Joint-Degree-Abschlüsse, um die Chancen der Absolventen auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu gewährleisten. „Seit die Türkei im Jahr 2004 in das EU-Mobilitätsprogramm Erasmus aufgenommen wurde, hat es einen explosionsartigen Anstieg des deutsch-türkischen Studentenaustauschs in beiden Richtungen gegeben“, sagte die

DAAD-Expertin. Deutschland sei europaweit das „Entsendeland Nr. 1“ in die Türkei.

Die DTU soll mittelfristig 5000 Studierende auf hohem Niveau ausbilden. Das Angebot richtet sich laut Schindler-Kovats zwar vor allem an junge Menschen in der Türkei, ein internationales Profil werde aber angestrebt. Mehrsprachigkeit soll selbstverständlich sein; es werde Angebote auf Deutsch, Englisch und Türkisch geben. Im Fremdsprachenzentrum sollen Sprachprogramme den qualifizierten Nachwuchs auch für die vorgesehenen Studienphasen in Deutschland sprachlich fit machen. Die künftigen DTU-Studenten müssen wie alle Bewerber für türkische Hochschulen eine zentrale Aufnahmeprüfung bestehen, die nach Darstellung der DAAD-Expertin zu einer strengen Auslese führt: Um 450 000 Studienplätze pro Jahr konkurrieren rund 1,5 Millionen Interessenten, d.h. heißt nur jeder Dritte bekommt einen Studienplatz.

Richtige Studiengebühren kommen auf die künftigen DTU-Studierenden nicht zu – diese sind an staatlichen Hochschulen in der Türkei laut DAAD nicht erlaubt. Es werden aber jährlich angepasste Verwaltungsgebühren (sogenannte Harç) erhoben, die je nach Fakultät differieren. So beträgt die Gebühr pro Studienjahr derzeit für ein Fernstudium umgerechnet 33 Euro und für das Medizinstudium 273 Euro. Deutschland will Stipendien bereitstellen – auch mit Hilfe privater Stiftungen. „Wir hoffen, ein gutes Paket von Stipendien zu schnüren“, sagte Schindler-Kovats.

Die deutsch-türkische Universität knüpft nach Darstellung des Bundesbildungsministeriums an die traditionell enge Zusammenarbeit in Bildung und Forschung zwischen Deutschland und der Türkei an. Sie hat insbesondere den wachsenden Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften in der Türkei im Blick. Zudem zählt Deutschland zu den wichtigsten Handelspartnern des Staates. Neben den universitären Partnern sollen sich auch private Stiftungen und Wirtschaftsunternehmen in den weiteren Planungsprozess einbringen.

Die türkische Seite stellt Gelände, Gebäude und Infrastruktur zur Verfügung und will die laufenden Kosten tragen. Die deutschen Partner entsenden Dozenten und Lektoren, entwickeln die Curricula mit, stellen Material für den Aufbau des Fremdsprachenzentrums bereit, gewähren Zuschüssen zu Ortsgehältern und Fortbildungsmaßnahmen. Dafür sind nach Angaben von Schindler-Kovats jährlich 3 bis 3,5 Millionen Euro angesetzt, die das Bundesbildungsministerium trägt.

Die Vereinbarung über die Gründung der DTU war Ende Mai 2008 von Bundesbildungsministerin **Annette Schavan** (CDU), Außenminister **Frank-Walter Steinmeier** (SPD) und seinem damaligen türkischen Amtskollegen

Ali Babacan unterzeichnet worden. Nun muss das Gründungsgesetz für die neue Bildungseinrichtung noch durch das Parlament in Ankara.

Ursula Mommsen-Henneberger

Bahçesehir-Universität eröffnet Vertretung in Berlin

Berlin/Istanbul – Die private Istanbuler Bahçesehir-Universität hat eine Vertretung in Berlin eröffnet. **Süheyla Schröder**, die Leiterin des Büros, sagte am 25. Juni bei der Eröffnung, man wolle damit die bereits bestehende Zusammenarbeit mit deutschen Universitäten ausbauen sowie neue Bildungs- und Forschungsprojekte entwickeln. „Mit seinen fast drei Millionen türkischen Einwohnern ist Deutschland für uns das wichtigste europäische Land.“ Neben der Organisation von akademischen Veranstaltungen wie Sommeruniversitäten, Kultur- und Kunstprojekten sowie Konferenzen solle das Büro außerdem berufliche Bildungsprogramme für türkischstämmige Jugendliche entwickeln.

Die erste Veranstaltung des Büros, das im September offiziell eröffnet werden soll, war am 25. Juni eine Podiumsdiskussion zum Thema deutsch-türkische Beziehungen. Daran nahm auch der Dekan der juristischen Fakultät der Bahçesehir-Universität, **Feridun Yenisey**, teil. Er wies darauf hin, dass das deutsche Rechtssystem beim Aufbau des türkischen Systems als Vorbild gedient habe. Außerdem gebe es sehr viele türkischstämmige Jurastudenten in Deutschland, die man für die Türkei gewinnen wolle. Hierbei werde das Berliner Büro eine Brückenfunktion übernehmen. Yenisey stellte außerdem Weiterbildungsangebote der Bahçesehir-Universität vor, die sich an junge Juristen aus Deutschland richtet.

Die Bahçesehir-Universität wurde 1998 als private Stiftungsuniversität gegründet. An sechs Fakultäten und zwei Instituten studieren dort insgesamt 9000 Studenten.

Bildung/Schulen/Religionen/Islam

NRW-Modellversuch zu Islam-Religionsunterricht

Düsseldorf (dpa) – Nordrhein-Westfalen will die bislang schleppende Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an den Schulen des Landes forcieren. Dazu beschloss das Kabinett einen landesweiten Schulversuch, wie Integrationsminister **Armin Laschet** (CDU) am 1. Juli in Düsseldorf mitteilte. Das Projekt soll nach den Sommerferien 2010 starten und die bisherige Islamkunde an derzeit 128 Schulen ablösen. Dies sei aber nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einem regulären bekenntnisorientierten

Islamunterricht, sagte Laschet. Zunächst werde nur eine kleine Zahl von Schulen an dem Modellversuch teilnehmen.

Bei der Islamkunde war Nordrhein-Westfalen Vorreiter: Das Land startete 1999 den ersten Modellversuch mit dem religionskundlichen Fach „Islamkunde in deutscher Sprache“. Mit Islamkunde wird über die Religion informiert, aber nicht zum Glauben erzogen. Inzwischen gibt es in mehreren Bundesländern islamkundlichen Unterricht, aber auch schon etliche Projekte zum islamischen Religionsunterricht. Engagiert in dem Bereich sind neben NRW auch Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein.

Der Wunsch nach islamischen Religionsunterricht war ein zentraler Punkt der Deutschen Islamkonferenz, deren erste Runde kürzlich zu Ende ging. Nach einer am 23. Juni vorgelegten Studie leben zwischen 3,8 und 4,3 Millionen Muslime in Deutschland – deutlich mehr als bislang angenommen. Das sind rund 5 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Der Koordinationsrat der Muslime (KRM) reagierte erfreut auf den geplanten Modellversuch in NRW. Der Sprecher des Rates, **Ayyub Axel Köhler**, teilte mit: „Der Unterricht soll in einem Schulversuch zusammen mit den vier im KRM vertretenen islamischen Verbänden vorbereitet und betrieben werden. Damit wäre der Weg geöffnet für einen verfassungskonformen Religionsunterricht für die mehr als 300 000 muslimischen Kinder in NRW. Wir warten nun auf unser Startsignal von der Landesregierung.“

Während die Inhalte des Religionsunterrichts unter den muslimischen Verbänden unstrittig seien, gebe es nach wie vor verfassungsrechtliche Probleme bei der Einführung, sagte Laschet. Denn auf muslimischer Seite darf nur eine rechtlich anerkannte islamische Religionsgemeinschaft Ansprechpartner sein. Die Muslime seien aber zumeist in Vereinen und Verbänden organisiert. Zudem war ein Schulversuch in Duisburg und Köln zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts zuletzt an der mangelnden Unterstützung der islamischen Verbände gescheitert.

Um die rechtlichen Hürden für die Einführung des islamischen Religionsunterrichts zu überwinden, sollen nun auch größere Organisationen als Kooperationspartner zugelassen werden. Dazu gehören die vier am KRM beteiligten Dachverbände DITIB, Islamrat, Zentralrat der Muslime und der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ). „Wir wollen starten, mit denen, die willens sind“, sagte Laschet. „Wir warten nicht, bis alle vier am Ende Ja sagen.“

Der Islamunterricht soll in deutscher Sprache von in Deutschland ausgebildeten Lehrern und unter deutscher Schulaufsicht abgehalten werden. Für

den Schulversuch soll das Schulministerium die Qualifizierung von genügend Lehrern sicherstellen. Das könnten nach Angaben Laschets unter anderem die Lehrer sein, die schon jetzt Islamkunde unterrichten. Es müssten aber noch zusätzliche Lehrer ausgebildet werden. Außerdem soll es eine Verbandsanhörung zu dem Projekt geben.

Obwohl das Projekt islamischer Religionsunterricht nach Angaben Laschets im Konsens mit allen vier Landtagsfraktionen vorangetrieben wird, regte sich Kritik. Die Grünen erklärten, die Beratungen zwischen den Fraktionen seien keineswegs beendet. Viele Fragen seien noch offen, sagte die Migrationspolitikerin **Andrea Asch**. So sei ungeklärt, ob die muslimische Bevölkerung und die Verbände das Modell überhaupt akzeptieren.

Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, **Britta Altenkamp**, forderte parallel zu dem Schulversuch den Ausbau des Fachs Islamkunde. Dieser sei unter der schwarz-gelben Regierung stagniert, nachdem es unter Rot-Grün in NRW bereits an 110 Schulen Islamkunde gegeben habe.

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) begrüßte den geplanten Schulversuch zum islamischen Religionsunterricht. Entscheidend sei, „dass der Unterricht in deutscher Sprache stattfindet und damit von der Schulaufsicht überprüft werden kann“, erklärte VBE-Landes- und Bundeschef **Udo Beckmann**. Die Landesregierung müsse nun dafür sorgen, dass genügend ausgebildete Lehrer dafür zur Verfügung stehen.

Mehrheit der Muslime in Deutschland gläubig

Die am 23. Juni präsentierte Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ hat das Nürnberger Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Deutschen Islamkonferenz erstellt. Diese erste repräsentative Studie belegt die Vielfältigkeit des muslimischen Lebens in Deutschland. 6004 Personen ab 16 Jahren aus 49 muslimisch geprägten Herkunftsländern wurden zu Religion und Integration befragt. Mit den Angaben über Haushaltsmitglieder stützt sich die Auswertung auf fast 17 000 Personen. Fast alle Muslime (98 Prozent) leben in den alten Bundesländern einschließlich des Ostens Berlins.

Die Mehrheit der Muslime ist gläubig. Ein gutes Drittel stuft sich als stark, die Hälfte als eher gläubig ein. 13,6 Prozent gaben an, eher nicht oder gar nicht zu glauben. In religiösen Vereinigungen oder Gemeinden ist mit 20 Prozent nur eine Minderheit. Von den Spitzenverbänden fühlt sich nur eine Minderheit vertreten. Religiöse Veranstaltungen besucht nur ein gutes Drittel häufig, die Mehrheit selten oder nie, wobei Frauen häufiger als Männer fernbleiben. Der Wunsch nach einem islamischen Religionsunterricht ist indes stark. 76 Prozent sprechen sich dafür aus. Die strengen islami-

schen Speisevorschriften beachten die meisten (80,7 Prozent) Befragten. Muslime iranischer Herkunft setzen sich indes zu 75 Prozent darüber hinweg. Auch Schiiten und Aleviten nehmen die Vorschriften nicht so ernst.

Religionen/Hochschulen

Imam-Ausbildung an Universität Osnabrück geplant

Osnabrück (dpa) – An der Universität Osnabrück soll ein bundesweit einmaliges islamisch-theologisches Institut zur Ausbildung von Imamen eingerichtet werden. „Wir sehen, dass Osnabrück der richtige Standort dafür ist“ sagte am der Sprecher des Wissenschaftsministeriums, **Kurt Neubert**, am 26. Juni in Hannover. In Osnabrück gibt es bereits einen Studiengang zur Ausbildung islamischer Religionspädagogen. Geplant sei, ein islamisches theologisches Institut „auf Augenhöhe“ mit der katholischen und evangelischen Theologie einzurichten, sagte die designierte Vizepräsidentin der Universität Osnabrück, **Martina Blasberg-Kuhnke**.

Wichtig sei es dafür aber, auch die Vertreter der islamischen Verbände und Gemeinden einzubinden. Ähnlich wie die christlichen Kirchen müssten sie auch Einfluss auf die Inhalte des Studiums haben, betonte Blasberg-Kuhnke. Die Voraussetzungen in Niedersachsen seien gut. Seit Jahren gebe es schon eine Art Runden Tisch der islamischen Gemeinden beim Kultusministerium, die sogenannte Schura. „Da gibt es ein freundschaftliches Gespräch miteinander und auch mit uns“, sagte die Wissenschaftlerin. Die rechtlichen Details müsse zunächst das Land klären. Das Problem sei, dass der Islam keine Körperschaft des öffentlichen Rechts sei wie die katholische und evangelische Kirche. Gegen den Willen der islamischen Verbände in Niedersachsen sei ein solches Institut nicht möglich, betonte sie.

„Es wird das Gespräch mit den islamischen Verbänden gesucht und findet auch statt“, sagte Neubert. Es gebe einen Runden Tisch zwischen Innen-, Kultus- und Wissenschaftsministerium in der Sache. Innenminister **Uwe Schünemann** (CDU) sieht in einer solchen Ausbildung einen wichtigen Schritt für eine bessere Integration von Moslems in Deutschland. Nur Imame, die der deutschen Sprache mächtig seien, die die „Integrationsrealität in Deutschland kennen und das Grundgesetz akzeptieren, sind wirksame Impulsgeber für die Integration von Muslimen“, sagte der Minister der „Neuen Osnabrücker Zeitung“.

Die Einrichtung eines Studienganges werde noch einige Zeit in Anspruch nehmen, sagte Blasberg-Kuhnke. „Es muss die Größe eines Instituts ha-

ben, das heißt wir brauchen vier plus einen Lehrstuhl“, erläuterte sie. Das Berufungsverfahren für einen Lehrstuhl dauere ein bis anderthalb Jahre. Zuvor solle aber ein Weiterbildungsstudiengang eingerichtet werden vor allem für Imame, die aus der Türkei kommen. „Sie haben schon ein Theologiestudium abgeschlossen, das brauchen sie nicht. Sie brauchen aber Kenntnis des deutschen Schulwesens“, betonte sie. In einem solchen Weiterbildungskurs sollten nicht nur „deutsche Gewohnheiten“ vermittelt werden, sondern auch die Tatsache, dass es in Deutschland mehrere Religionen gebe.

Migration/Integration

Projekt „Junge Migranten als Lotsen“ gestartet

Berlin (dpa) – Die Bundesregierung will mehr junge Leute mit ausländischen Wurzeln dazu gewinnen, sich ehrenamtlich für die Gesellschaft zu engagieren. Bundesinnenminister **Wolfgang Schäuble** und Bundesfamilienministerin **Ursula von der Leyen** (beide CDU) starteten am 29. Juni in Berlin das Modellprojekt „Junge Migranten als Lotsen“. Unterstützt von Experten des Jugendmigrationsdienstes sollen die Lotsen zunächst an 15 Standorten vor allem gleichaltrigen Migranten durch den Alltag, bei der Sprachförderung oder bei Bewerbungen helfen.

Von der Leyen zufolge engagieren sich 22 Prozent der jungen Migranten. Bei Jugendlichen ohne ausländischen Hintergrund liege der Anteil bei 38 Prozent. „Wir brauchen das Potenzial dieser jungen Menschen.“ Soziales Engagement stärke zudem auch das eigene Selbstbewusstsein. „Die Lotsen sind für mich die Stadtteilmütter in jung“, sagte **Heinz Buschkowsky** (SPD), Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, wo besonders viele Zuwanderer leben. Noch immer gebe es Migranten, die 20 Jahre hier lebten und die Umgangssprache nur rudimentär beherrschten. Schäuble sprach von Integrationsfortschritten. Die Beteiligung von Müttern an Sprachkursen sei viel besser geworden.

Das Lotsen-Projekt läuft drei Jahre und wird aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds und des Bundesfamilienministeriums gefördert. Neben dem Berliner Bezirk Neukölln startet das Projekt auch in Bonn, Essen, Freudenstadt, Gütersloh, Hannover, Jena, Lampertheim, München, Marburg, Neumarkt, Nürnberg, Soest, Schweinfurt und Viersen.

Kampagne für doppelte Staatsbürgerschaft

Berlin – Gewerkschaften, Verbände und Wissenschaftler haben eine Kampagne für die doppelte Staatsangehörigkeit gestartet. Sie forderten, das

Optionsmodell abzuschaffen, das Migrantenkinder zwischen ihrem 18. und 23. Lebensjahr zur Entscheidung für eine Staatsangehörigkeit zwingt. „Der Optionszwang war ein Geburtsfehler des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000“, sagte der Vorsitzende des Interkulturellen Rats, **Jürgen Micksch**, am 24. Juni in Berlin. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, **Maria Böhmer** (CDU), wies die Kritik zurück und lehnte eine Abschaffung ab, für die ihre Vorgängerin **Marieluise Beck** (Grüne) vehement eintrat.

Das Optionsmodell war ein Zugeständnis von Rot-Grün an die Union, um das Geburtsortsrecht durchzubekommen. Davor bestimmte sich die Staatsangehörigkeit von Kindern nach der Abstammung. Jetzt werden hier geborene Ausländerkinder in der Regel automatisch Deutsche, behalten zugleich die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern, müssen später aber eine Staatsangehörigkeit aufgeben. Für vor dem 1. Januar 2000 geborene Kinder gilt eine Übergangsregelung, die jetzt zu greifen beginnt. Haben die Eltern unterschiedliche Staatsangehörigkeiten, behalten ihre Kinder den Doppelpass auf Dauer.

Das DGB-Vorstandsmitglied **Annelie Buntenbach** sprach von einem Anachronismus. Bei rund der Hälfte aller Eingebürgerten werde die doppelte Staatsangehörigkeit akzeptiert. „Für alle, die hier geboren sind, muss klar sein, dass sie dazugehören – und zwar ohne Wenn und Aber.“ Der Vorsitzende der türkischen Gemeinden in Deutschland, **Kenan Kolat**, nannte die integrationspolitischen Konsequenzen fatal. Die SPD unterstützt den Aufruf des Interkulturellen Rates.

Bei einem Kongress der FDP-Bundestagsfraktion am 29. Juni kritisierte auch die frühere Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, **Cornelia Schmalz-Jacobsen**, dass junge Migranten, die mit der Geburt in Deutschland eine doppelte Staatsangehörigkeit erhalten, später eine aufgeben müssen.

Den Aufruf „Wider den Optionszwang“ haben führende Migrationsforscher wie **Klaus J. Bade**, **Dieter Oberndörfer** und **Michael Bommes** unterzeichnet. Auch der Präsident des Diakonischen Werks der EKD, **Klaus-Dieter Kottnik**, und die frühere Vorsitzende der Zuwanderungskommission, **Rita Süßmuth** (CDU), gehören zu den Erstunterzeichnern.

Internet:

- Jugendmigrationsdienst:
www.jmd-portal.de
- Staatsbürgerschaft:
www.wider-den-optionszwang.de

Bildung/Schulen/Familie

Reckahner Bildungsgespräche: „Risiko Familie“ entschärfen

Potsdam (dpa) – Ist das deutsche Bildungssystem ein tradiertes Gesellschaftsspiel, bei dem die Gewinnchancen weitgehend schon vor Beginn feststehen? „Die Lotterie besteht schon bei der Geburt“, sagte Heike Solga vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). „Die soziale Herkunft entscheidet gerade in Deutschland über den Bildungsweg und nicht die Leistung“, sagte Solga bei den 4. Reckahner Bildungsgesprächen am 24. und 25. Juni in Potsdam und Reckahn. Die Schule verstärke noch die soziale Ungleichheit der Kinder statt sie abzumildern, kritisierte sie auf der Veranstaltung zum Thema „Risikofaktor Familie – eine Aufforderung an Schule und Politik“.

Diesem auf etlichen internationalen Schulstudien wie PISA und IGLU basierenden Befund stimmten die rund 55 Tagungsteilnehmer aus Wissenschaft, Politik, Schulverwaltung, Verlagen, Gewerkschaften und Medien durchaus zu. Wie das Bildungssystem dazu beitragen kann, die ungleichen Start- und Lebenschancen der Kinder abzufedern, dazu gingen die Vorstellungen allerdings auseinander.

Zu den Bildungsgesprächen im Schloss Reckahn nahe Potsdam laden seit 2006 der Bundesverband VdS Bildungsmedien (Frankfurt/Main) zusammen mit der Universität Potsdam, der Humboldt-Universität Berlin und der Technischen Universität Dresden ein. In der Region um Reckahn hatte im 18. Jahrhundert der Bildungsreformer Friedrich Eberhard von Rochow (1734-1805) gewirkt. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) unterstützt derzeit ein Forschungsprojekt zum europaweiten Briefwechsel des engagierten Ehepaars Rochow, wie Hanno Schmitt vom Trägerkreis der Bildungsgespräche berichtete.

Aus Sicht des Familienforschers Hans Bertram von der Humboldt-Uni sind unterschiedliche Chancen der Kinder nicht nur dem Elternhaus, sondern auch Unterschieden in der Infrastruktur geschuldet. Daher müsse der Staat möglichst viel in solche defizitären Bereiche investieren, forderte Bertram. Als Beispiel nannte er den bundesweiten Ausbau der Betreuung von unter Dreijährigen. „Inzwischen wird akzeptiert, dass es nicht nur um Betreuung geht, sondern auch um Bildung und Erziehung“, sagte er. Eine entsprechende Ausbildung der Erzieher stehe allerdings noch aus. Bertram setzt generell auf eine „Bewegung von unten“ als treibende Kraft für Reformen. Der Druck von Eltern auf kommunaler Ebene könne entsprechende Reformen auslösen.

Die Befürworter einer Schulstrukturereform wurden von der Hamburger Schulsenatorin **Christa Goetsch** (GAL) und damit von der Mitinitiatorin eines schulpolitischen Kurswechsels in dem Stadtstaat vertreten. Das vom schwarz-grünen Senat geplante längere gemeinsame Lernen in einer sechsjährigen Primarstufe solle die in Hamburg besonders große Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom Elternhaus abmildern, sagte Goetsch. In einem Sonderheft der Schulbehörde dazu weist der Forscher **Klaus-Jürgen Tillmann** allerdings darauf hin, dass es bisher nur „dünne Erkenntnisse“ der empirischen Bildungsforschung gebe, ob eine längere gemeinsame Grundschulzeit zu „einem bemerkenswerten Abbau der sozialen Selektivität“ führt. Nötig seien weitere Maßnahmen – von gezielten Förderaktivitäten in der Schule bis hin zur rechtlichen Veränderung des Übergangsverfahrens. Im Hamburger Modell folgen nach der Primarschule die Stadtteilschule oder das Gymnasium, die beide zum Abitur führen können.

Hamburg organisiert Ganztagsbetreuung mit Jugendhilfeträgern

Ausdrücklichen Beifall erhielt Goetsch in Reckahn für das Ziel, gemeinsam mit den Jugendhilfeträgern in Hamburg eine verlässliche Ganztags- und Ferienbetreuung für die Schüler der Primarschulen zu schaffen. Die Zusammenarbeit soll in einem Landesrahmenvertrag „Betreuung an Ganztagsprimarschulen“ festgelegt werden. Die kostenfreie Betreuung von 08.00 Uhr bis 16.00 Uhr ist zum Schuljahresbeginn 2011/12 geplant. Für notwendige Investitionen sind Mittel aus dem Topf des Konjunkturprogramms II vorgesehen. Die Erziehungswissenschaftlerin **Annedore Prengel** (Uni Potsdam) lobte die ressortübergreifende Kooperation als vorbildlich auch für andere Bundesländer.

Als Gründe für die „Bildungsoffensive“ in der Metropole an der Elbe nannte Goetsch neben vielen Migrantenkindern auch den hohen Anteil von Kindern (über 30 Prozent) aus Einelternfamilien sowie den Wunsch gut ausgebildeter Frauen nach Erwerbstätigkeit. Bertram wies auf das Armutsrisiko von Alleinerziehenden, einer zunehmenden Lebensform, europaweit hin. Viele Kinder lebten in prekären Verhältnissen; dies habe negative Konsequenzen für ihre Bildungschancen. Bertram: „Wir brauchen eine Infrastruktur, in der solche Kinder und die ganze Familie besondere Unterstützung bekommen.“

Viele Risiken, wenig Ressourcen

Ähnlich sieht das **Günther Opp** (Universität Halle-Wittenberg). Er schilderte auf Basis einer Gesundheitsstudie, dass Kinder, die die meisten Probleme haben, die geringsten Ressourcen in ihren Umwelten vorfinden. Dabei seien immer mehr Kinder einer gleichzeitigen Häufung von Belas-

tungen und Risiken ausgesetzt: Armut, zu wenig Bewegung, Übergewicht, schlechter TV-Konsum. „Das ist eine Herausforderung für die Politik.“ Die Schule müsse den Kindern mehr Lebensumwelt mit Ressourcen werden; sie sei nicht nur eine Bildungseinrichtung.

„Nachteilsausgleich“ für Brennpunktschulen gefordert

Die wachsende Erziehungsaufgabe der Schule betonte auch Maresi Lassek, Leiterin einer Bremer Brennpunktschule mit vielen Jungen und Mädchen aus sozial schwächer gestellten Familien oder mit Migrationshintergrund. „Schule ist nicht nur für den Unterricht zuständig, sondern ist Erziehungsraum und Sozialraum“, sagte sie. „Das kann Schule aber nicht allein leisten.“ Sie forderte einen „Nachteilsausgleich“ für Schulen mit vielen benachteiligten Schülern. Eindringlich schilderte sie den Alltag dieser Kinder: von den schlechten Zähnen schon im Vorschulalter über billigste Material für den Unterricht oder das fehlende Fahrrad für die Verkehrsschulung der Klasse.

Bildungsforscher Opp beobachtet auch schon das Aufkommen einer neuen Risikogruppe, und zwar unter Kindern privilegierter Schichten. „Es gibt eine grassierende Angst bei Eltern, dass ihre Kinder in der modernen Welt nicht bestehen können. Diese Angst wird zur Angst der Kinder“, sagte er. Inzwischen klinkten sich schon einige aus den hohen Erwartungen der Eltern aus. Das könnte eine große Problemgruppe werden, warnte Opp. Goetsch berichtete von einem „rasanten Anstieg psychisch erkrankter Kinder“.

Mentoren gesucht

Ohne die unterstützende Haltung der Eltern geht es auf Dauer nicht, auch wenn die Schule die Eltern nicht erziehen sollte. Lilian Fried (Universität Dortmund), die den Delfin-Sprachtest für Vorschulkinder in Nordrhein-Westfalen entwickelt hat, berichtete von guten Erfahrungen mit Eltern vor allem der Kleinen. „Viele Risikofamilien suchen nach Orientierung“, sagte sie. „Erzieherinnen genießen Vertrauen.“ Der Kontakt zu ihnen sei „niedrigschwellig“.

„Es geht um Gelingensbedingungen für Unterstützungsmaßnahmen“, sagte Schmitt vom Trägerkreis der Bildungsgespräche. So gibt die Resilienzforschung Hinweise, was benachteiligte Kinder stark macht. Dazu zählen Bindung und die Unterstützung einer Bezugsperson, zum Beispiel eines Lehrers, wie Solga betonte. Best-Practice-Beispiele guter Schulen, zum Teil von Stiftungen ausgezeichnet und bekanntgemacht, können Reformkräften anderswo Anregungen geben. „Doch auch in einer guten Grundschule fällt nach der 4. Klasse die Entscheidung für das Gymnasium“, gab Solga zu bedenken. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

(GEW), Ulrich Thöne, forderte Politik und Gesellschaft auf, die „Kernfrage“ zu beantworten: „Wollen wir alle fördern oder wollen wir nur einige wenige fördern?“ Bislang gebe es darüber keinen Konsens in Deutschland.

Ursula Mommsen-Henneberger

Gesellschaft/Bildung/Familie

Heimerziehung: Jugendämter sehen Defizite bei Eltern

Wiesbaden (dpa) – Massive Defizite der Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder sind der Hauptgrund für Heimunterbringungen in Deutschland. Bei 43 Prozent der rund 28 700 Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die 2007 in ein Heim oder eine betreute Wohnung kamen, gaben die Jugendämter „eingeschränkte Erziehungskompetenz“ als Grund an. Bei gut jedem dritten nannten die Behörden Auffälligkeiten im sozialen Verhalten. Die Gründe für eine Heimunterbringung wurden 2007 erstmals erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr gab es einen Anstieg der Fälle von Erziehungshilfe Heim/betreutes Wohnen um 17 Prozent, wie das Statistische Bundesamt Wiesbaden am 30. Juni berichtete.

Schulische oder berufliche Probleme waren bei jedem vierten Kind mit ausschlaggebend. Bei gut jedem fünften Kind sahen die Jugendämter das Kindeswohl gefährdet. In ebenso vielen Fällen nannten sie eine unzureichende Förderung oder Betreuung des Nachwuchses als Grund für einen Aufenthalt in einem Heim oder einer betreuten Wohnung. Die Behörden konnten neben einem Hauptgrund bis zu zwei weitere Gründe angeben.

Etwas mehr als die Hälfte der jungen Menschen, die 2007 in ein Heim oder eine betreute Wohnung kamen, waren männlich. Bei der Nennung der Gründe gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern. In etwa gleich war nur die eingeschränkte Erziehungskompetenz der Eltern. Jungen und junge Männer fallen dagegen häufiger durch ihr soziales Verhalten und durch Schulprobleme auf. Mädchen und junge Frauen mussten häufiger wegen Belastungen in Folge familiärer Konflikte und wegen der Gefährdung des Kindeswohls in ein Heim. Der Anteil der Volljährigen unter den 28 700 jungen Menschen betrug acht Prozent.

Forschung/Bildung

Fahrplan für den neuen Elite-Wettbewerb steht

Berlin (dpa) – Der Fahrplan für die neue Exzellenzinitiative zur Kür von Eliteuniversitäten und zum Aufbau von Spitzenforschung steht. Vom Früh-

jahr 2010 an können die Universitäten wieder Anträge für neue Projekte einreichen, die von einer Fachjury beurteilt werden, teilte der wiedergewählte Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Matthias Kleiner, am 2. Juli in Berlin mit.

Nach mehreren Zwischenrunden wollen Wissenschaft und Politik im Sommer 2012 über die Verteilung der diesmal für den Elite-Wettbewerb zur Verfügung stehenden 2,7 Milliarden Euro entscheiden. Das sind über 30 Prozent mehr als bei den ersten beiden Runden.

Dabei waren bundesweit neun Hochschulen wegen ihrer Zukunftskonzepte zu Elite-Universitäten ausgerufen und mit zusätzlichem Geld bedacht worden. Zugleich wurden an zahlreichen anderen Universitäten neue Graduiertenschulen und Forschungsverbünde (Cluster) eingerichtet. 75 Prozent des Geldes zahlt der Bund, die anderen 25 Prozent gibt das jeweilige Land. Die Exzellenzinitiative wird von der DFG und vom Wissenschaftsrat gemeinsam ausgerichtet.

Kleiner, der auf der DFG-Mitgliederversammlung für weitere drei Jahre im Amt bestätigt worden war, dankte den Regierungschefs des Bundes und der Länder für ihre Entscheidung, neben der Exzellenzinitiative auch die beiden anderen großen Sonderprogramme, den Pakt für Forschung und Innovation und den Hochschulpakt, fortzusetzen. Von den insgesamt dafür vorgesehenen 18 Milliarden Euro würden knapp fünf Milliarden Euro über die DFG in die Grundlagenforschung fließen, sagte Kleiner. Die Politik habe erkannt, dass gerade in der Krise verstärkt in Wissenschaft und Forschung investiert werden müsse.

Laut Jahresbericht standen der DFG 2008 erstmals mehr als zwei Milliarden Euro zur Förderung der Hochschulforschung zur Verfügung. Der größte Anteil der Bewilligungssumme ging in die Lebenswissenschaften, wie etwa Genomforschung und Gentechnik (37,3 Prozent), gefolgt von den Naturwissenschaften (25,9 Prozent), den Ingenieurwissenschaften (21,4 Prozent) und den Geistes- und Sozialwissenschaften (15,4 Prozent).

Bildung/Schulen/Gesundheit/EU

Aigner gegen Aus für Schulobst-Programm

Berlin (dpa) – Das EU-Schulobst-Programm droht in Deutschland am Widerstand der Länder zu scheitern. Die Agrarminister haben vorgeschlagen, dass der Bundesrat in dieser Woche den Vermittlungsausschuss einschaltet. Die Länder wollen die EU-Mittel nicht mitfinanzieren. Dabei geht es um eine Summe von 12,5 Millionen Euro, die sie zu EU-Hilfen von 20 Millionen Euro beisteuern sollen. Bundesverbraucherministerin Ilse

Kulturpolitik

Nr. 28/2009 06. Juli 2009 - AKTUELLES

Aigner (CSU) warnte am 3. Juli in Berlin davor, dass die EU-Gelder verfallen könnten. „Die Kofinanzierung muss geklärt werden.“ Für das Schulobst-Programm seien die Länder zuständig.

15 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 17 Jahren in Deutschland sind nach Angaben des Ministeriums zu dick. Deshalb soll das Schulobst-Programm, das im vergangenen Jahr auf Ebene der Europäischen Union (EU) beschlossen wurde, gegen Fettleibigkeit bei Kindern vorgehen. Seit März wird in 18 Schulen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz an 9000 Schüler kostenlos Obst und Gemüse verteilt. Das erweiterte Schulobst-Programm soll nach den Sommerferien starten.

Die EU-Kommission stellt 90 Millionen Euro im Jahr bereit. Die beteiligten Staaten müssen ihren Anteil aufstocken. In Deutschland sollen die Westländer noch einmal die Hälfte beisteuern, im Osten ein Viertel. Der Bund hatte die Startphase finanziert; weitere Forderungen der Länder hatte der Bundestag am 19. Juni zurückgewiesen (vgl. 26/2009, S. 14f.). Die FDP im Bundestag forderte Bund und Länder auf, sich nicht länger den „Schwarzen Peter“ zuzuschieben, weil bei dem Schulobst-Programm auch die Absatzförderung im Mittelpunkt stehe.

Kurznachrichten

Modellversuch

Berlin (dpa) – Angehende Hebammen, Logopäden, Physiotherapeuten und Ergotherapeuten können ihren Berufe statt an Fachschulen künftig auch an einer Hochschule erlernen. Der Bundestag gab am 3. Juli grünes Licht für entsprechende Modellprojekte. Damit wolle man den gewachsenen Qualifikationsanforderungen an die Pflegeberufe Rechnung tragen, heißt es in dem Gesetzentwurf, den der Bundesrat eingebracht hatte. Bis zum Ablauf der Probephase im Jahr 2017 soll entschieden werden, ob sich die neue Form der Ausbildung bewährt hat und fortgesetzt werden soll.

Verfassungsbeschwerde

Paderborn/Münster (dpa) – Im Streit um Studiengebühren wollen Studenten nun vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. Dies kündigte ihr Anwalt **Wilhelm Achelpöhl** am 2. Juli in Münster an. Dabei gehe es um die Frage, ob Studiengebühren die Chancengleichheit und den gleichen Zugang zu Bildung gefährden. Studenten der Universität Paderborn waren Ende April mit einer Klage gegen Studienbeiträge vor dem Bundesverwaltungsgericht gescheitert.

KULTURPOLITIK

Kulturpolitik/Nationalsozialismus

Konferenz fordert Rückgabe jüdischen Besitzes

Prag (dpa) – Mehr als 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs sollen sämtliche von den Nazis aus jüdischem Besitz geraubten Kunstwerke und Immobilien an ihre rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben werden. Dazu hat eine internationale Konferenz am 29. Juni in Prag aufgerufen. Sie forderte außerdem von allen Regierungen, die soziale Lage der Holocaust-Überlebenden zu verbessern.

Zum Abschluss der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft einigten sich die 46 Teilnehmerländer auf die „Erklärung von Terezin (Theresienstadt)“. Darin wird eine Rückgabe oder Entschädigung für geraubtes jüdisches Eigentum in einer „fairen, umfassenden und diskriminierungsfreien Weise“ gefordert. Die Rückgabe solle „schnell, einfach, verständlich, transparent und weder mühsam noch kostspielig für den einzelnen Anspruchsteller“ vollzogen werden, heißt es weiter. Die Erklärung ist allerdings nicht bindend.

Der Leiter der US-Delegation, **Stuart Eizenstadt**, kritisierte, dass die Länder Ostmitteleuropas keine angemessenen und diskriminierungsfreien Gesetze über die Rückgabe privaten Eigentums hätten. Kritisiert wurden in diesem Zusammenhang besonders Polen und Litauen. **Georg Heuberger**, Vertreter der Jewish Claims Conference in Deutschland, lobte dagegen die Deklaration als Schritt nach vorn. Sie sei eine „wichtige Chance“, noch zu Lebzeiten der ehemals von den Nazis Verfolgten „verstärkt darauf hin zu wirken, dass die geraubten Gegenstände zurückgegeben werden“, sagte er im Deutschlandradio Kultur. Heuberger forderte, dass es künftig beim Umgang mit der Raubkunst in jedem Land „geordnete Verfahren“ geben müsse.

Gastgeberland Tschechien stimmte bei der Konferenz zu, in dem nördlich von Prag gelegenen und durch das frühere Konzentrationslager Theresienstadt bekanntgewordenen Ort Terezin ein Institut einzurichten. Dieses soll bis 30. Juni 2010 Leitsätze für die Rückgabe von Immobilien ausarbeiten. Die Terezin-Erklärung knüpft auch an die „Washingtoner Erklärung“ von 1998 an, in der sich 44 Staaten auf Grundlagen zur Rückgabe von unrechtmäßig erbeuteten Kunstwerken geeinigt hatten.

Als Folge jener Empfehlungen waren zwar Hunderte von Kunstwerken ihren ursprünglichen Eigentümern oder deren Erben zurückgegeben worden. Viele, die einen Anspruch erhoben, betrachten aber die damaligen

Vereinbarungen als gescheitert, weil sie immer noch in vielen Ländern auf gesetzliche oder verfahrenstechnische Hürden stoßen. Eizenstadt sagte, dass die Konferenzteilnehmer Russland und Deutschland immer noch viele Kunstwerke nicht zurückgegeben hätten. Die Prager Konferenz forderte außerdem den uneingeschränkten Zugang zu Archiven, damit Forscher die Herkunft von Raubkunst klären könnten.

Deutschland/Türkei/Kulturpolitik

Weg frei für deutsche Künstlervilla in Istanbul

Berlin (dpa) – Der Weg zur Gründung einer deutschen Künstlerakademie in Istanbul ist frei. Mit der Bewilligung von sechs Millionen Euro könne bis zum kommenden Jahr die Villa Tarabya in der türkischen Metropole nach dem Vorbild der Villa Massimo in Rom als Künstlerresidenz eingerichtet werden, teilte der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, **Steffen Kampeter**, am 2. Juli in Berlin mit. Der Haushaltsausschuss hatte das Geld bewilligt. In der Villa Tarabya sollen etwa Bildende Künstler, Schriftsteller und Filmemacher mit Stipendien mindestens sechs Monate arbeiten und Kontakt zu türkischen Kollegen pflegen.

Die Errichtung der Künstlerakademie geht auf eine Initiative des Bundestags zurück. Damit soll der deutsch-türkische Kulturaustausch vorangetrieben werden. Damit die Akademie noch 2010 eröffnet werden kann, werde nun das Auswärtige Amt aufgefordert, die notwendigen Sanierungsarbeiten zu beginnen, sagte Kampeter. Im kommenden Jahr sind das Ruhrgebiet und Istanbul Kulturhauptstädte.

Die Villa Tarabya mit einer 18 Hektar großen Anlage liegt 15 Kilometer nordöstlich vom europäischen Zentrum Istanbuls. Sultan Abdülhamid II. hatte das Grundstück dem Deutschen Reich zur diplomatischen Nutzung geschenkt.

Nach früheren Angaben von Kulturstaatsminister **Bernd Neumann** sollen jedes Jahr 14 Stipendiaten jeweils sechs Monate an ihren Projekten arbeiten. Die Künstler müssten ein besonderes Interesse an der Türkei begründen und erste Arbeiten erfolgreich veröffentlicht haben. Die Künstlerakademie wird als eigenständige Institution unter dem Dach des Goethe-Instituts eingerichtet. Kampeter betonte, der Kulturstaatsminister und das Auswärtige Amt müssten sich nun zügig auf eine Rechtsform einigen. Dabei müsse gesichert werden, dass die Förderung von Kunst und Kultur im Vordergrund steht.

Soziales/Kunst/Medien

Künstlersozialversicherung wird billiger

Berlin (dpa) – Die Abgabe zur Künstlersozialversicherung soll im kommenden Jahr erneut sinken, und zwar von 4,4 auf 3,9 Prozent. Dies teilte das Bundesarbeitsministerium am 2. Juli in Berlin mit. Es bezifferte die Entlastung auf 20 Millionen Euro pro Jahr. Die Künstlersozialversicherung schützt mehr als 160 000 freiberufliche Künstler, Journalisten und Publizisten gegen Krankheit und Arbeitslosigkeit. Sie sorgt auch für deren Alterssicherung. Die Abgabe zur Künstlersozialkasse (KSK) müssen jene bezahlen, die – wie Verlage, Theater oder Galerien – die Arbeit von „Kulturschaffenden“ verwerten.

Im Jahr 2005 musste der Abgabesatz, den alle Unternehmen auf die Honorarsumme von freiberuflichen Künstlern und Publizisten zahlen müssen, wegen schwindender Einnahmen durch mangelhafte Zahlungsmoral der Firmen auf 5,8 Prozent angehoben werden. Ende 2007 waren es immer noch 5,1 Prozent. Finanziert wird die KSK auch aus einem Zuschuss des Bundes und aus Beiträgen der Versicherten selbst.

Für den Deutschen Kulturrat als Spitzenverband der Bundeskulturverbände zeigt die Ermäßigung des Abgabesatz auf 3,9 Prozent, dass die 2007 begonnenen Maßnahmen zur besseren Erfassung der Abgabepflichtigen und damit zur finanziellen Stabilisierung der Künstlersozialversicherung wirken. Kein Unternehmen könne sich „mehr drücken und damit einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den ehrlichen Unternehmern erlangen. Und die Künstler müssen nicht um ihre soziale Sicherung bangen“, sagte Geschäftsführer Olaf Zimmermann.

Kurznachrichten

Sorbenstiftung

Dresden (dpa) – Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat die Haushaltssperre über 600 000 Euro für die Stiftung für das Sorbische Volk aufgehoben. Damit erhält diese nun jährlich 8,2 Millionen Euro vom Bund, rund 5,8 Mio Euro von Sachsen und rund 2,8 Mio Euro von Brandenburg, teilte das sächsische Kunstministerium am 18. Juni in Dresden mit. Damit habe der Bund ein positives Signal für die weitere Unterstützung und Förderung der sorbischen Sprache und Kultur gegeben, sagte Kunstministerin Eva-Maria Stange (SPD). Das Finanzierungsabkommen für die Stiftung solle am 10. Juli unterzeichnet werden.

BERUF UND WEITERBILDUNG

Arbeitsmarkt/Migration

Scholz-Konzept für ausländische Abschlüsse

Berlin (dpa) – Im Ausland erworbene Berufsabschlüsse sollen in Deutschland anerkannt werden. Bundesarbeitsminister **Olaf Scholz** (SPD) legte dazu ein eigenes Konzept vor. Wie er am 30. Juni in Berlin erläuterte, sollen alle Zuwanderer einen Rechtsanspruch auf ein Anerkennungsverfahren und Bewertung der im Ausland erworbenen beruflichen und akademischen Abschlüsse erhalten. Wer sich um eine Anerkennung bemühe, solle binnen drei Monaten Klarheit darüber haben, welche Qualifikation wie anerkannt werden kann.

„Wir können es uns nicht leisten, die Ressourcen und Qualifikationen, die Zuwanderer aus ihren Herkunftsländern mitbringen, brachliegen zu lassen“, sagte Scholz. Deutschland brauche gut qualifizierte Fachkräfte. „Es darf nicht sein, dass ein Ingenieur als Taxifahrer oder eine ausgebildete Ärztin als Putzfrau arbeiten muss, weil ihre Qualifikation bei uns nicht anerkannt wird.“

Vor knapp zwei Wochen hatten die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung sowie die Ministerien für Wirtschaft, Bildung und Inneres ähnliche Eckpunkte vorgestellt. Es handelt sich um ein Vorhaben für die nächste Legislaturperiode. In Deutschland leben etwa eine halbe Million Menschen mit ausländischem Hochschulabschluss. Hinzu kommen Fachkräfte aus Handwerk und Industrie.

Arbeitsmarkt/Ausbildung/Sachsen-Anhalt

Nach Ausbildung nur noch Halbjahresverträge

Magdeburg (dpa) – Auszubildende in der Landesverwaltung in Sachsen-Anhalt sollen in diesem Jahr nur noch befristet bis zum Jahresende übernommen werden. Statt der bisher üblichen Ein-Jahres-Verträge mit 75 Prozent der Arbeitszeit werden überwiegend nur noch Verträge mit einer Laufzeit von bis zu sechs Monaten angeboten. Das Finanzministerium begründete dies am 2. Juli in Magdeburg damit, dass sich das Ressort nicht mehr an den Kosten für die Nachausbildungsoffensive beteiligen könne und die Personalausgaben nun komplett von den jeweiligen Ministerien getragen werden müssten. Die Gewerkschaft ver.di kritisierte die Entscheidung, weil viele betroffene junge Menschen jetzt in andere Länder abwanderten.

FORSCHUNGSPOLITIK

Forschung/Klima

Klima-Institut für „Wissenschaftselite“ in Potsdam

Potsdam (dpa) – Mit einem neuen Spitzenforschungsinstitut für Klimawandel in Potsdam soll Deutschland für die „internationale Wissenschaftselite“ künftig noch attraktiver werden. Das sagte Bundesforschungsministerin **Annette Schavan** (CDU) am 30. Juni in Brandenburgs Landeshauptstadt. Bis zu 50 Gastwissenschaftler – von der Nachwuchswissenschaftlerin bis zum Nobelpreisträger – werden von Herbst an am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) erwartet. Sie sollen in dem den Angaben zufolge weltweit ersten Institut seiner Art den Klimawandel, das Erdsystem und Wege zur Nachhaltigkeit untersuchen. Das Institut werde zunächst für sieben Jahre mit neun Millionen Euro von Bund und Land jährlich gefördert.

Vorbild ist Schavan zufolge ein Elite-Institut im amerikanischen Princeton. Die „klügsten Köpfe“ könnten ein freigewähltes Thema bearbeiten und bis zu zwei Jahre lang am Institut in der Potsdamer Kleist-Villa forschen und wohnen. Die Ministerin erhofft sich eine „Intensivierung des internationalen Dialogs“. Der Gründungsdirektor und ehemalige Bundesumweltminister **Klaus Töpfer** betonte, dass die Politik von den wissenschaftlichen Ergebnissen profitieren soll. Ein Thema könnte sein, darüber nachzudenken, wie Kohlendioxid auch als Wertstoff genutzt werden könne.

In Potsdam gibt es bereits zwei renommierte Institute, die zu Klima und Erde forschen: das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und das Helmholtz-Zentrum Potsdam – Deutsches Geoforschungszentrum. Schavan und Töpfer betonten, dass das IASS nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung dazu anzusehen sei. „Potsdam wird zu einem international noch stärker sichtbaren Standort für Klima- und Nachhaltigkeitsforschung auf höchstem Niveau“, betonte Schavan.

Es ist geplant, dass die Gastwissenschaftler auch technische Geräte der beiden Potsdamer oder anderer Institute nutzen können. Außerdem soll PIK-Leiter **Hans Joachim Schellnhuber** der Vorsitzende des Instituts-Beirates werden. Potsdam habe sich gegen Hamburg, München, Wuppertal und Freiburg als Standort für das IASS durchgesetzt, sagte Brandenburgs Wissenschaftsministerin **Johanna Wanka** (CDU).

Forschungspolitik/Klima/Umwelt

Servicezentrum hilft bei Entscheidungen zum Klimawandel

Hamburg (dpa) – Ein nationales Klima-Servicezentrum in Hamburg soll künftig Verantwortliche aus Wirtschaft und Politik mit Informationen über den Klimawandel versorgen. „Die eigentliche Mission ist, das große Wissen aus der Klimawissenschaft für Entscheider aufzubereiten und ihnen anzubieten“, sagte Frieder Meyer-Krahmer, Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, am 2. Juli bei der Gründungsfeier für das Climate Service Center (CSC). Leiter der Einrichtung ist der renommierte Klimaforscher Guy Brasseur.

Als Zielgruppe nannte der Staatssekretär unter anderem Versicherer und Kreditinstitute, Landwirte und Unternehmer sowie Politiker. Die Wirtschaft etwa brauche stärker regionalisierte Daten, um den Klimawandel – mit Folgen wie extremen Wetterereignissen – in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen, sagte Peter Höpfe, Leiter der Georisikoforschung der Münchner Rück. „Was ist an einem bestimmten Ort zu erwarten?“ Die prognostizierte Zahl der Sonnenstunden oder die Windstärke etwa könnten dann bei der Auswahl von Standorten zum Erzeugen erneuerbarer Energien genutzt werden. Die Wirtschaft sehe inzwischen auch Chancen im Klimawandel, betonte Höpfe – die Versicherungswirtschaft etwa entwickle bereits neue Produkte.

Das Zentrum ist am GKSS-Forschungszentrum Geesthacht angesiedelt, hat seinen Sitz aber in Hamburg – mit Anbindung etwa an das Max-Planck-Institut für Meteorologie, das Deutsche Klimarechenzentrum und die Universität Hamburg. „Es gibt eine ganz starke Klimaforschung hier“, sagte Meyer-Krahmer. Das Ministerium finanziert den Aufbau in den nächsten fünf Jahren mit bis zu 20 Millionen Euro. Die Einrichtung solle die Lücke zwischen Klimawissenschaft und Nutzern der Klimaforschung schließen. „Der Handlungsdruck ist wahnsinnig.“

Das Servicezentrum nimmt seine Arbeit nach Brasseurs Angaben zunächst mit 20 Mitarbeitern auf. Der Leiter will sich auch an europäischen Projekten beteiligen und hofft auf die Einwerbung von Drittmitteln. „Grundsätzlich sollte sich das CSC keine Sorgen um die Finanzierung machen“, sagte Meyer-Krahmer. Die Einrichtung dürfe auch individuelle Aufträge annehmen, das Ministerium wünscht sich allerdings eher „prototypische Lösungsvorschläge“. Möglicherweise werde die Information für die Nutzer später nicht kostenlos sein.

Forschung/Raumfahrt/Geschichte/

Luft- und Raumfahrt-Archiv nach Göttingen

Göttingen (dpa) – Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) richtet in Göttingen sein Zentralarchiv ein. Wie die DLR-Zentrale in Köln in ihrer Hauszeitung „echtzeit“ berichtet, wird es die historischen Bestände aus den Anfängen der Fliegerei und Höhenforschung ebenso aufnehmen wie den Bestand des Institutes für Kosmosforschung der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin-Adlershof. Der Aufbau des zentralen DLR-Archivs werde vom Lehrstuhl für Wissenschaftsgeschichte der Universität Frankfurt begleitet.

Bisher seien 11 000 Filme, Akten, Berichte, Fotos und Konstruktionszeichnungen von 1907 bis zum Beginn der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts im Bestand des Archivs. Die Dokumente belegen unter anderem die Geschichte der Aerodynamischen Versuchsanstalt Göttingen, wo der erste Windkanal erfunden und gebaut wurde. Auch Unterlagen zur früheren Luftfahrtforschungsanstalt und dem Nachfolger Deutsche Forschungsanstalt für Luftfahrt in Braunschweig sind zu finden.

Das DLR geht davon aus, dass diese Sammlung „übermorgen eine einmalige Quelle für Wissenschaftshistoriker sein wird“. Alle bereits erschlossenen Dokumente seien online über die DLR-Bibliothek recherchierbar.

Forschung/Auszeichnungen

Mathematikerin bekommt Alfried Krupp-Förderpreis

Essen (dpa) – Der mit einer Million Euro dotierte Alfried Krupp-Förderpreis geht in diesem Jahr an die 32-jährige Mathematikerin **Kathrin Bringmann** (Universität Köln). Das teilte die Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung am 2. Juli in Essen mit. Bringmann habe ein seit Jahrzehnten offenes mathematisches Rätsel gelöst: Sie und zwei Kollegen aus den USA und den Niederlanden entschlüsselten die von dem indischen Mathematiker Srinivasa Aiyangar Ramanujan vor über 80 Jahren entdeckten Mock-Thetafunktionen, indem sie sie in eine mathematische Theorie einbetteten. Damit lassen sich Regeln erkennen, die mathematische Phänomene zu verstehen helfen, zum Beispiel schwarze Löcher. Der Alfried Krupp-Förderpreis gehört zu den am höchsten dotierten Preisen für Nachwuchsforscher an deutschen Universitäten.

HOCHSCHULE

Bildung/Hochschulen/Umfragen

Geldnot treibt Abiturienten zum Studienverzicht

Berlin (dpa) – Geldsorgen sind für junge Menschen der häufigste Grund für einen Studienverzicht. Dies zeigt eine Allensbach-Umfrage unter 4000 Abiturienten und Studenten in den ersten Semestern. 79 Prozent der Abiturienten, die keine Finanzierungsprobleme während ihrer Ausbildung zu befürchten haben, äußerten bei der Umfrage auch eine feste Studienabsicht. Unter jenen, die hingegen entsprechende Probleme erwarten, waren es nur 44 Prozent. Gut jeder dritte junge Mensch mit Studienberechtigung ist besorgt wegen möglicher Schulden, die später zurückzahlen sind. Die am 29. Juni veröffentlichte Umfrage wurde im Auftrag des Reemtsma Begabtenförderungswerkes erstellt.

In den vergangenen fünf Jahren ist die Studienneigung deutlich zurückgegangen. So verließen 2008 fast 20 Prozent mehr junge Menschen mit dem Zeugnis der Hochschulreife ihre Schule als noch 2003. Im gleichen Zeitraum stieg jedoch die Zahl der Studienanfänger lediglich um knapp 2,5 Prozent.

Die Umfrage zeigt, dass Stipendien der Begabtenförderungswerke bei der Studienfinanzierung bislang nur eine geringe Rolle spielen. Nur vier Prozent der Befragten gaben ab, entsprechende Förderung zu erhalten. Neben Studierenden mit besten Studienleistungen waren vor allem Kinder aus Akademikerfamilien bei der Bewerbung um ein Stipendium überdurchschnittlich erfolgreich.

Der studentische Dachverband fzs forderte die Politik auf, die Ergebnisse der Studie ernst zu nehmen und Studiengebühren in jeder Form sofort abzuschaffen. „Mehr als 80 Prozent der Befragten gaben an, dass finanzielle Unterstützung in Sachen Studienfinanzierung vom Staat kommen soll“, teilte fzs-Vorstandsmitglied Florian Keller mit. Der fzs verlangte eine regelmäßige Anpassung der BAföG-Fördersätze und die Abschaffung der Rückzahlungspflicht.

Das Reemtsma Begabtenförderungswerk unterstützt seit 1957 Schüler und Studenten aus einkommensschwachen Familien.

Saarland zahlt Darlehenszinsen für Studiengebühr

Saarbrücken – Das Saarland übernimmt künftig die Zinszahlungen für Studenten, die ein Darlehen für ihre Studiengebühren aufgenommen haben. Der Landtag in Saarbrücken beschloss am 1. Juli in zweiter Lesung

ein entsprechendes Gesetz mit den Stimmen der regierenden CDU und der FDP. SPD, Grüne und die Linke lehnten den Vorschlag ab und forderten erneut eine Abschaffung der Studiengebühren im Saarland. Vom Wintersemester an zahlt das Land die Darlehenszinsen für die betroffenen Studenten, bis sie den Studienkredit aus eigener Kraft zurückzahlen können. Das Gesetz gilt auch für Studenten, die bereits ein Darlehen aufgenommen haben.

An den Hochschulen im Saarland werden seit dem Wintersemester 2007 in den ersten beiden Semestern jeweils Gebühren in Höhe von 300 Euro und von 500 Euro für die folgenden Semester fällig. Bisher haben aber nur wenige Studenten von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ein Darlehen zur Begleichung der Gebühr aufzunehmen. Diese Möglichkeit soll mit dem neuen Gesetz attraktiver werden.

Bildung/Hochschulen/Medizin

Qualitätszweifel am deutschen „Dr. med.“

Berlin (dpa) – Der deutsche medizinische Doktor-Titel „Dr. med.“ gilt in der EU nicht als gleichwertig mit der in vielen anderen Nachbarländern zu erbringenden Promotionsleistung. Darauf hat die Vorsitzende der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates, **Ulrike Beisiegel**, aufmerksam gemacht. Dadurch seien junge deutsche Mediziner faktisch von Fördermitteln des European Research Council (ERC) ausgeschlossen, schreibt die Hamburger Biochemikerin in einem Beitrag für die Zeitschrift „Forschung & Lehre“ (Juli-Ausgabe).

Für 80 Prozent der Absolventen eines Medizinstudiums sei der „Dr. med.“ der übliche Abschluss, weil die berufliche und gesellschaftliche Anerkennung des Arztes hiervon abhängt. Im Regelfall würden die Dissertationen jedoch schon während des Studiums erarbeitet und gleichen in vielen Fällen eher Diplomarbeiten in naturwissenschaftlichen Fächern. „Der Erkenntnisgewinn dieser wissenschaftlich oft sehr wenig fundierten Arbeiten ist meist gering und wird als „pro forma“-Forschung bezeichnet“, kritisiert Beisiegel.

Der Wissenschaftsrat plädiert deshalb für eine klare Trennung zwischen Studium und Promotionsphase. Um der weit verbreiteten „Türschildforschung“ einen Riegel vorzuschieben und das Niveau der Dissertationen in der Medizin an das der übrigen Fächer anzugleichen, müsse die Promotion auf forschungsorientierte Mediziner beschränkt bleiben. Den übrigen Medizinabsolventen sollte hingegen mit der Zulassung zum Arztberuf künftig die Berufsbezeichnung „Medizinischer Doktor“ verliehen werden.

Bildung/Hochschulen

Viele ausländische Studenten in Deutschland

Bonn (dpa) – Deutschland hat nach den USA und Großbritannien die meisten ausländischen Studierenden. Im vergangenen Jahr waren es 233 606. Damit sei das Niveau in etwa stabil geblieben, teilte der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) am 29. Juni in Bonn mit. 56 000 haben ihre Studienberechtigung in Deutschland erworben – sie sind also schon hier zur Schule gegangen und in diesem Sinne keine richtigen ausländischen Studenten.

Wenn es um den prozentualen Anteil der ausländischen Studierenden geht, befindet sich Deutschland hinter Australien und Großbritannien ebenfalls in der Spitzengruppe. Jeder Achte der insgesamt 1,94 Millionen Studierenden, die sich 2008 an einer deutschen Hochschule eingeschrieben hatten, war Ausländer.

Umgekehrt gehen auch immer mehr Deutsche zum Studium ins Ausland. 2006 waren 83 000 Deutsche an einer ausländischen Hochschule eingeschrieben – sieben Prozent mehr als 2005. Am beliebtesten waren mit fast 14 000 deutschen Studenten die Niederlande. „Das liegt auch daran, dass zum Beispiel das Münsterland sehr grenznah liegt, und da gibt es viele Studierende, die zu Hause wohnen bleiben und zum Studium rüberfahren“, erläuterte eine DAAD-Sprecherin. Hinter den Niederlanden kamen Großbritannien und Österreich.

Hochschulen/Berlin

Budget für Berlins Hochschulen steht

Berlin (dpa) – Nach langem Streit haben sich in Berlin Senat, Universitäten und Fachhochschulen auf Eckwerte geeinigt: Die Hochschulen bekommen von 2010 bis 2013 auf ihre Basisfinanzierung in Höhe von 892 Millionen rund 333 Millionen Euro aus Landes- und Bundesmitteln zusätzlich. Dafür müssen sie von 2012 an deutlich mehr Leistung nachweisen. Wissenschaftssenator **Jürgen Zöllner** (SPD) sagte: „Das ist kein Kompromiss, sondern eine gute Lösung für beide Seiten.“ Hinter den neuen Eckwerten stehen nun auch Finanzsenator **Ulrich Nußbaum** (parteilos) und der Regierende Bürgermeister **Klaus Wowereit** (SPD).

Das Land gewährt im kommenden Jahr den Hochschulen zusätzlich 53 Millionen Euro – der Betrag liegt mit mehr als 15 Millionen über der Summe, die Nußbaum ursprünglich bewilligen wollte. Von diesen 53 Millionen Euro sind aber nur 40,5 Millionen „echte“ Landesgelder. Der Rest ist eine Vorfinanzierung für Bundesgelder, die erst 2012 durch den Hochschulpakt

Kulturpolitik

Nr. 28/2009 06. Juli 2009 - HOCHSCHULE

von Bund und Ländern fließen werden. 2012 kann das Land die Hochschulpakt-Gelder dann für andere Zwecke verwenden. Viel mehr als 50 Millionen Euro steckt das hoch verschuldete Berlin jährlich nicht zusätzlich in seine Hochschulen. Zöllner kalkuliert bis 2013 mit mehr als 100 Millionen Euro Bundesmitteln – über Hochschulpakete und Wettbewerbe. Ein Risiko sehen die Hochschulen noch bei der geplanten Fortsetzung des Hochschulpakts, wenn möglicherweise weniger Geld vom Bund für Studienanfänger fließt als vorgesehen.

Die Auseinandersetzung um die Uni-Finanzierung reicht bis Anfang des Jahrzehnts zurück. Damals kürzte der Senat den Unis bei den Hochschulverträgen fast 100 Millionen Euro weg. Daraufhin mussten die Hochschulen sich stark einschränken. Der Zwang hatte jedoch auch einige positive Effekte: Doppelangebote verschwanden und die Suche nach privaten Partnern nahm zu. Das Misstrauen gegenüber dem Land aber blieb.

Die Berliner CDU kritisierte die geplanten Zuschüsse an die Hochschulen in den kommenden vier Jahren als „Mogelpackung“. Zöllner müsse einen erheblichen Anteil der zugesagten Gelder in den kommenden beiden Jahren durch Einsparungen in seinem eigenen Etat gegenfinanzieren, teilte der wissenschaftspolitische CDU-Sprecher **Nicolas Zimmer** am 1. Juli mit. Damit stünden sowohl Teile des Masterplans als auch die Einstein-Stiftung zur Disposition.

Kurznachrichten

neuer Job

Bonn (dpa) – Der neue Generalsekretär der Hochschulrektorenkonferenz (HKR), **Thomas Kathöfer**, hat am 1. Juli sein Amt angetreten. „Herr Kathöfer wird die Geschäftsstelle auf die Herausforderungen einstellen, die sich aus den enormen Veränderungen in den Hochschulen ergeben“, erklärte HRK-Präsidentin **Margret Wintermantel** in Bonn. Der promovierte Wirtschaftsingenieur hatte zuletzt das Präsidialamt der Technischen Universität Berlin geleitet. Er hat sowohl als Wissenschaftler als auch in verschiedenen Leitungspositionen des Hochschulmanagements gearbeitet.

SCHULE

Bildung/Schulen/Hessen

Jede dritte Kooperative Gesamtschule wieder mit G9

Wiesbaden (dpa) – Jede dritte der 120 Kooperativen Gesamtschulen in Hessen wird im kommenden Schuljahr wieder in der neunjährigen Gymnasialzeit (G9) unterrichten. Die umstrittene Schulzeitverkürzung auf acht Gymnasialjahre (G8) werde an weiteren 21 Kooperativen Gesamtschulen (KGS) rückgängig gemacht, bestätigte das Kultusministerium in Wiesbaden am 30. Juni einen Bericht der „Frankfurter Neuen Presse“. Zu Beginn des letzten Schuljahres hatten bereits 21 Kooperative Gesamtschulen kurzfristig wieder von G8 auf G9 umgestellt.

Damit fährt Hessen einen anderen Kurs als das ebenfalls CDU-geführte Niedersachsen. Dort muss vom Schuljahr 2010/11 an auch an Gesamtschulen das Abitur nach zwölf Jahren abgelegt werden. Dies beschloss der Landtag in Hannover am 16. Juni (vgl. 26/2009, S. 27f.).

Die Wahlmöglichkeit für die Kooperativen Gesamtschulen in Hessen hatte im vergangenen Sommer der geschäftsführende Kultusminister **Jürgen Banzer** (CDU) eingeführt. Die hessische SPD wertete die Abkehr weiterer Schulen vom G8 als „Abstimmung mit den Füßen“. Die Nachbesserungen bei der verkürzten Gymnasialzeit hätten nichts gebracht, sagte die Abgeordnete **Heike Habermann**. Die SPD bevorzuge weiter eine Schulzeitverkürzung am Anfang und Ende der Schullaufbahn, also in der Grundschule und der gymnasialen Oberstufe.

Die Grünen sahen sich in ihrem Eintreten für Wahlfreiheit der Schulen und Eltern bestätigt. „Eltern sollen sich möglichst frei entscheiden können, welche pädagogischen Konzepte sie für ihre Kinder wollen. Entweder das Turbo-Abi oder mehr Zeit zum Lernen“, erklärte der Abgeordnete **Mathias Wagner**. Die Vorsitzende des Landeselternbeirats, **Kerstin Geis**, sah in der Entwicklung eine „deutliche Erklärung“ von Eltern und Schülern gegen das sogenannte Turbo-Abitur.

Die Gymnasien müssen an der verkürzten Schulzeit mit dem Abitur nach zwölf Jahren festhalten. Die Zahl der Kooperativen Gesamtschulen sinkt zum neuen Schuljahr nach Angaben des Kultusministeriums von 123 auf 120. Drei Schulen seien zu Integrierten Gesamtschulen (IGS) umgewandelt worden. Davon gibt es dann 84 in Hessen.

Kritik an neuen Vorschriften für Gesamtschulen

Die geplanten Vorschriften für neue Integrierte Gesamtschulen stießen in einer Landtagsanhörung am 26. Juni auf Ablehnung. Dies geht aus den eingereichten schriftlichen Stellungnahmen hervor. Mit einer Änderung des Schulgesetzes wollen CDU und FDP festlegen, dass neugegründete Integrierte Gesamtschulen künftig mindestens drei Parallelklassen haben müssen. Bislang genügten zwei. Schwerpunktbildung und Leistungsdifferenzierung erforderten dies, heißt es in der Begründung.

Widerspruch kam von Gesamtschulverbänden, Kommunen, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Landesschülervertretung und der Vereinigung hessischer Unternehmerverbände (VhU). Die Pflicht zur Dreizügigkeit widerspreche allen Erkenntnissen von Experten und dem Leitbild einer eigenständigen Schule, kritisierte der Elternbund Hessen. Auch mit zwei Parallelklassen sei individualisiertes und differenziertes Lernen möglich, schrieb die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule. Der Landkreistag regte mit Rücksicht auf sinkende Schülerzahlen außerhalb der Ballungsräume eine Lockerung an. Für die GEW erschwert der Entwurf die Gründung neuer Integrierter Gesamtschulen.

Der Entwurf der Regierungsfraktionen nimmt auch die im vergangenen Jahr beschlossenen Organisationsänderungen an der verkürzten Gymnasialstufe ins Schulgesetz auf. Zudem zieht er mit Blick auf das geplante Schulvorbereitungsjahr die Schulanmeldetermine vom Herbst auf den Frühling vor. Schließlich dehnt er die Schulpflicht auf Kinder von Eltern ohne Aufenthaltsgenehmigung aus. Sie benötigen zur Aufnahme in eine Schule künftig keine Meldebescheinigung mehr.

Ein zweiter Gesetzentwurf regelt die Aufnahme von Quereinsteigern ins Lehramt. Dies müsse auf Mangelfächer begrenzt bleiben, forderte der Philologenverband. Einwände gab es auch gegen die geplante Notentabelle für Lehramtsbewerber. SPD und Grüne forderten die Landesregierung auf, die Kritik zu berücksichtigen.

Die Linke wandte sich gegen die Öffnung des Lehramts für Quereinsteiger. Stattdessen solle das Land mehr Lehramtsstudenten übernehmen und alle Zulassungsbeschränkungen zum Studium aufheben. Die Grünen lehnen erschwerte Rahmenbedingungen für die Integrierten Gesamtschulen ab. Ihr Schulexperte Wagner forderte Kultusministerin **Dorothea Henzler** (FDP) auf, diesen Passus aus dem Gesetz zu nehmen.

CDU und FDP sicherten zu, die Vorschläge ernstzunehmen und kündigten eine Änderung der Notentabelle an. Sie verteidigten allerdings die Dreizügigkeit für künftige Integrierte Gesamtschulen.

Bildung/Schulen/Bayern

Bayerns Hauptschulen sollen Mittelschulen werden

München (dpa) – Hauptschulen in Bayern sollen flächendeckend zu Mittelschulen weiterentwickelt werden. Das Kabinett billigte dazu am 30. Juni ein Konzept von Kultusminister **Ludwig Spaenle** (CSU). Voraussetzungen für den „Aufstieg“ einer Haupt- zur Mittelschule sind laut Spaenle unter anderem ein breitgefächertes Bildungsangebot, ein Ganztagsangebot und eine Kooperation mit Berufsschulen und Firmen. In den Mittelschulen sollen Schüler von der fünften Klasse an differenzierter gefördert werden, dabei aber im Klassenverband bleiben. Ab der siebten Klasse können die Schüler in den sogenannten M-Zug wechseln, der einen Abschluss auf Realschul-Niveau ermöglicht.

Ziel der Staatsregierung ist, langfristig alle Hauptschulen im Freistaat zu Mittelschulen zu machen – entweder im Alleingang oder in Schulverbänden. „Ziel ist, so viele Standorte als möglich zu erhalten, und zwar so lange wie möglich“, sagte Spaenle über die Zukunft der Hauptschule.

Die Landtags-SPD kritisierte die Pläne. „Ich sage voraus, das ist das Ende der wohnortnahen Schule“, sagte der bildungspolitische Sprecher **Hans-Ulrich Pfaffmann** am 1. Juli in München. Kleine Hauptschulstandorte könnten auf Dauer nicht überleben, und die Idee von Schulverbänden sei „undurchführbar“. Es werde deshalb nur noch große Schulzentren geben, mit einem „Schultourismus“ als Folge. Pfaffmann warf Spaenle das „Erfinden neuer Begriffe“ ohne pädagogisches Konzept vor. Er sprach von einem „Chaosvorschlag“, der nicht zu einer Stärkung der Hauptschule führe, sondern Eltern und Schüler verunsichere.

Die Landtags-Grünen vermissen weiterhin eine zukunftsweisende Antwort auf die Krise der Hauptschule. „Dieses Konzept stoppt weder das Hauptschulsterben auf dem Lande, noch steigert es die Zukunftsperspektiven der betroffenen Schülerinnen und Schüler auf dem Arbeitsmarkt“, sagte ihr schulpolitischer Sprecher **Thomas Gehring**. Die Einführung dieser vierten Schulform zeige, wie erfolglos alle bisherigen Versuche der Staatsregierung gewesen seien, die lange angekündigte Stärkung der Hauptschule voranzutreiben. „An der Krise der Hauptschule zeigt sich, dass das dreigliedrige Schulsystem weder zeitgemäß noch leistungsfähig ist.“

Bildung/Schulen/Baden-Württemberg

GEW: Stuttgart stellt nur wenig Junglehrer ein

Stuttgart (dpa) – Vielen Absolventen von Lehramtsfächern droht im Herbst die Arbeitslosigkeit: Nur jeder vierte Junglehrer für Grund- und Hauptschulen bekommt nach den Sommerferien eine Stelle in Baden-Württemberg. Auch bei den Sonderschulen kommen nach Angaben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fast drei Viertel aller Bewerber nicht zum Zuge. Dies sei eine „dramatische Fehlplanung“, sagte die GEW-Landesvorsitzende **Doro Moritz** am 30. Juni in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur dpa in Stuttgart. Schließlich werbe das Land massiv um Lehrer, bilde viele Pädagogen aus und habe ihnen gute Einstellungschancen in Aussicht gestellt. „An den Schulen gibt es einen Lehrermangel und trotzdem erhalten jetzt viele Bewerber selbst mit Einsernote eine Absage“, sagte Moritz.

Der SPD-Bildungsfachmann **Norbert Zeller** sprach von einer „unverantwortlichen Personalpolitik“ von Kultusminister **Helmut Rau** (CDU), die die Stellensuche für Lehrer zum „Lotteriespiel“ mache. Die Grünen-Schulexpertin **Renate Rastätter** pflichtete ihm bei: „Auf der einen Seite werden mit bundesweiten Anzeigenkampagnen Lehrkräfte für die Gymnasien und Beruflichen Schulen gesucht, während andererseits Tausende von jungen Lehrkräften in einer wirtschaftlich schwierigen Situation in die Arbeitslosigkeit geschickt werden.“

Rau wies die Kritik als „populistische Stimmungsmache“ zurück. Die Werbekampagne in anderen Bundesländern beziehe sich ausschließlich auf Gymnasien und berufliche Schulen, von denen in Baden-Württemberg nicht genügend ausgebildet würden. Voraussichtlich könnten insgesamt rund 5000 neue Lehrkräfte eingestellt werden. Dies seien etwa 800 mehr als im Vorjahr. Es würden so viele neue Lehrkräfte eingestellt, um den Pflichtunterricht und einen angemessenen Ergänzungsbereich an allen Schularten zu sichern.

Nach Angaben der GEW werden von 3303 Bewerbern für Grund- und Hauptschulen nur 800 eingestellt. Bei den Realschullehrern liegt die Übernahmequote gerade mal bei 40 Prozent. Dagegen werden von Gymnasien und Berufsschulen knapp 70 beziehungsweise 92 Prozent der Bewerber übernommen. Grund: Von Grund- und Hauptschulen sei Geld in diese Schularten umgeschichtet worden sei, sagte Moritz. Bei einer Zahl von fast 10 000 Gesamtbewerbungen für alle Schularten wird nur knapp jede zweite berücksichtigt.

Kulturpolitik

Nr. 28/2009 06. Juli 2009 - SCHULE

Dem Kultusministerium zufolge arbeitet die GEW mit nicht aktuellen Zahlen. Demnach werden nicht 800, sondern 1000 Grund- und Hauptschullehrer eingestellt. Auch würden nicht nur 715, sondern 850 Realschullehrer eingestellt. Auch bei den Gymnasien seien es 300 Stellen mehr als von der GEW behauptet.

Gerade an Grund- und Hauptschulen sind nach Auffassung der GEW trotz rückläufiger Schülerzahlen mehr Lehrer notwendig: Dort sei in den vergangenen Jahren der Ergänzungsbereich ausgedünnt worden. Wenn an diesen Schularten wirklich die vom Kultusministerium vorgegebenen zwei Förder- oder AG-Stunden gehalten würden, seien 1000 zusätzliche Lehrerstellen nötig, rechnet Moritz vor. „Gerade an den Hauptschulen wären solche Angebote wichtig, um die Kinder in ihren praktischen Begabungen zu stärken.“ Im Schuljahr 2007/08 erhielten 28 144 Haupt- und Grundschulklassen laut GEW nicht einmal eine Stunde wöchentlich in diesem Bereich, der Stütz- und Förderunterricht, Arbeitsgemeinschaften sowie Chor und Orchester umfasst.

Bildung/Schulen/Nordrhein-Westfalen

Sommer: Mit TAP mehr Ausländer als Lehrer

Düsseldorf (dpa) – Mehr Lehrer aus dem Ausland wünscht sich NRW-Schulministerin Barbara Sommer (CDU). Dazu hat das Schulministerium am 30. Juni die neue Initiative TAP („Teacher Acquisition Programme“) gestartet. Ziel sei es, mehr ausländische Lehrkräfte für den fremdsprachlichen Unterricht an NRW-Schulen zu gewinnen, teilte das Ministerium mit. Die „Muttersprachler“ sollen entweder Fremdsprachenunterricht oder zweisprachigen Fachunterricht erteilen.

TAP werbe mit Informationsaushängen, Rundmails und Flyern vorrangig in englischsprachigen Ländern, aber auch im französisch- und spanischsprachigen Raum. Die Partnerschulen von NRW-Schulen würden gezielt auf die Möglichkeit einer Gastlehtätigkeit für ihr Kollegium aufmerksam gemacht. „Von Muttersprachlern zu lernen ist ein Gewinn für die Schülerinnen und Schüler“, meinte Sommer. Der direkte Kontakt zu ihnen „gibt einen Motivationsschub“.

Internet:

www.schulministerium.nrw.de/TAP

VORSCHULE

Tarife/Kommunen/Kindergärten

Gemeindebund fordert Ende der Kita-Streiks

Berlin (dpa) – Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert von der Gewerkschaft ver.di ein sofortiges Ende der seit Mai andauernden Kita-Streiks. Der Ausstand der Erzieher an kommunalen Einrichtungen sei für die Eltern unzumutbar geworden, sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg der „Rheinpfalz am Sonntag“ vom 28. Juni. Viele Eltern hätten inzwischen Schwierigkeiten, ihre Kinder betreuen zu lassen und riskierten möglicherweise sogar den eigenen Arbeitsplatz. Der Deutsche Städtetag fürchtet angesichts leerer Kassen, dass die Städte ihren Anteil am massiven Ausbau der Kleinkinderbetreuung nicht stemmen können.

Landsberg wies auf die dramatische Finanzsituation der Kommunen hin. Die Sozialausgaben explodierten und würden in diesem Jahr die 39-Milliarden-Euro-Grenze überschreiten. Gleichzeitig gingen die Einnahmen durch das Wegbrechen der Gewerbesteuer und durch eine Reduzierung der Landeszuweisungen immer weiter zurück. Die kommunale Seite habe eine Einkommensverbesserung für Erzieher um durchschnittlich 11,6 Prozent vorgeschlagen. „Das Angebot geht an die Schmerzgrenze und wertet den Erzieherinnen-Beruf deutlich auf“, sagte Landsberg. Für langjährig Beschäftigte bedeute das einen monatlichen Mehrbetrag von rund 340 Euro. Es müsse nun zu einer Einigung kommen.

Die Tarifverhandlungen von ver.di und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mit den kommunalen Arbeitgebern waren am 19. Juni abgebrochen worden. Mit den Streiks wollen die Erzieher und Sozialarbeiter ihren Forderungen nach höherer Bezahlung und einem besseren Gesundheitsschutz Nachdruck verleihen. Wegen der nahenden Sommerferien sind die Aktionen reduziert worden.

Angesichts der angespannten Finanzsituation droht der Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren am Geld zu scheitern. Der Bund habe sich zwar mit vier Milliarden Euro beteiligt, aber die Folgekosten der Aufgabe unterschätzt, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Stephan Articus, der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vom 28. Juni.

„Die Gesamtsumme von zwölf Milliarden Euro ist noch nicht voll finanziert und reicht für den Ausbau der Betreuung bis hin zu einem Rechtsanspruch mit Sicherheit nicht aus“, sagte Articus. Er forderte die Bundesländer auf, ihren Anteil deutlich zu erhöhen. Nach dem Willen von Familienministerin

Ursula von der Leyen (CDU) soll bis 2013 für 35 Prozent der Kleinkinder ein Betreuungsplatz garantiert sein – dann gilt auch ein Rechtsanspruch. Laut ver.di sind dafür bis zu 80 000 neue Erzieher in den kommenden Jahren notwendig.

Bildung/Erzieher/Niedersachsen

Projekt fördert Qualifikation von Erzieherinnen

Osnabrück (dpa) – Ein neues Projekt soll die Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen für Vorschulkinder verbessern. Die Anforderungen an die Mitarbeiter in den Kindertageseinrichtungen seien in den vergangenen Jahren extrem gestiegen, sagte **Julia Schneewind** von der Fachhochschule Osnabrück am 30. Juni. „Die Begleitung der Erzieherinnen ist aber nicht so umfassend gefördert worden, wie man sich das wünschen würde“, betonte sie.

Das vom Bund und Land mit jeweils 200 000 Euro geförderte Vorhaben des Niedersächsischen Instituts für frühkindliche Bildung und Entwicklung (nifbe) soll bestehende Ausbildungsangebote miteinander vernetzen und dafür sorgen, dass die neuesten Forschungsergebnisse schnell in die Aus- und Weiterbildung einfließen. Alle Ausbildungsangebote in Niedersachsen – gleich ob Hochschulen oder Fachschulen – sollen teilnehmen. Das nifbe wird vom niedersächsischen Wissenschaftsministerium jährlich mit 5,5 Millionen Euro gefördert.

„Es gibt keinen Bildungsbereich, der sich so rasant entwickelt“, sagte die nifbe-Vorsitzende **Renate Zimmer** zur frühkindlichen Bildung. Seit 2002 seien bundesweit mehr als 60 neue Studiengänge entstanden, ergänzte Projektleiterin **Maria Thünemann-Albers**. Es gebe in Deutschland in jedem Bundesland verschiedene Bildungspläne, „aber kein Coaching für die Leute in den Einrichtungen“. Viele Erzieherinnen seien verunsichert angesichts der Anforderungen, die Eltern und Politik an sie stellten, sagte Thünemann-Albers. Einigkeit bestehe aber darüber, dass gerade in den frühen Jahren wichtige Weichen für die intellektuelle und soziale Entwicklung der Kinder gestellt würden.

Während in vielen anderen Ländern ein Hochschulstudium für Erzieher üblich ist, erfolgt der Einstieg in den Beruf in Deutschland traditionell über Fachschulen. Es gehe aber nicht darum, in Deutschland die Fachschulausbildung abzuschaffen, betonte Zimmer. „Wichtig ist eine bessere Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungsangeboten.“ So müssten Erzieherinnen nach einer praktischen Ausbildung verstärkt die Möglichkeit haben, akademische Zusatzqualifikationen zu erwerben.

TERMINE

Juli 2009

6. Pressekonferenz mit Fototermin zum Auftakt der deutschen EUREKA-Präsidentschaft, BMBF, Dresden, Info: 0 30/18 57 – 50 50, presse@bmbf.bund.de, www.eureka-chair.de
7. Workshop „Fit für Indien. Interkulturelles Training für deutsche Bildungsanbieter“, iMOVE beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Bonn, Info: 02 28/1 07-17 45, info@imove-germany.de
8. Sommersitzungen des Wissenschaftsrates, Berlin, Info: 02 21/37 76-2 46, sautmann@wissenschaftsrat.de (bis 9.)
8. Tagung „10 Jahre Bologna – wo stehen wir?“ in der Reihe Bildungsmarkt und Arbeitsmarkt im Dialog, Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Berlin, Info: 02 28/8 87 – 1 50, presse@hrk.de
10. Sommer-Presskonferenz des Wissenschaftsrats, Berlin, Info: 0221/37 76 – 2 43, ab 7.7. mobil 01 70/4 23 27 13, sautmann@wissenschaftsrat.de

August 2009

31. Verleihung „Jakob Muth-Preis für inklusive Schule“, Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Bertelsmann-Stiftung, Deutsche Unesco-Kommission, Ort steht noch nicht fest, Info: 0 52 41/81-8 14 98

September 2009

1. Internationales Seminar als Vorkonferenz zum Schulleitungssymposium (3. – 5.9.), Institut für Bildungsmanagement und Bildungsökonomie und Pädagogische Hochschule Zentralschweiz, Zug, Info: 0041 41 727 12 66, info@schulleitungssymposium.net, ibb@zug.phz.ch (bis 3.)
3. Schulleitungssymposium zum Thema „Zeitgemäßes Schulmanagement: Widersprüchliche Erwartungen und zielorientierte Lösungen“, Institut für Bildungsmanagement und Bildungsökonomie und Pädagogische Hochschule Zentralschweiz, Zug, Info: 0041 41 727 12 68, info@schulleitungssymposium.net, ibb@zug.phz.ch (bis 5.)
7. „International Conference and Workshops on Higher Education, Partnership and Innovation“, Budapest, Ungarn, Info 00 32 27 88 53 19, www.eua.be (bis 9.)
9. GEW-Wissenschaftskonferenz, Thema: „Endstation Bologna – Zehn Jahre Europäischer Hochschulraum“, Bad Wildbad, Info: +49 (0) 69/78973-314, andreas.keller@gew.de, www.wissenschaft.gew.de (bis 12.)

Kulturpolitik

Nr. 28/2009 06. Juli 2009 - TERMINE

14. Kongress der Gesellschaft für Analytische Philosophie (GAP) zu aktuellen Herausforderungen an die Philosophie, Universität Bremen, Info: 04 21/790 38 77, kontext@uni-bremen.de (bis 17.)
16. 21. Jahreskonferenz der European Association for International Education (EAIE), Madrid, Info: +31-20-344 51 00, stefanovic@eaie.nl, <http://www.eaie.org/madrid/programme/> (bis 19.)
17. „Festival der Sprachen“ unter Schirmherrschaft der UNESCO, Universität Bremen, Bremen, Info: 04 21/21 86 81 24, vossmann.fds@uni-bremen.de (bis 7.10.)
20. UNICA Master Class: „Supervision in Doctoral Education“, European University Association (EUA), Dubrovnik, Info: 00 32 27 88 53 19, www.eua.be (bis 23.)
23. Fachtagung „Mehrsprachigkeit: Trumpfkarte Europas“ zur Verleihung des Europäischen Sprachensiegels 2009, Pädagogischer Austauschdienst der KMK, Bonn, Info: 02 28/5 01 – 3 51, monika.held@kmk.org (bis 24.)
29. 2nd European Networks Convention: „Cooperation between European Networks for Innovation, Knowledge and Development“, European University Association (EUA), Valencia, Info: 00 32 27 88 53 19, www.eua.be (bis 30.)

Oktober 2009

8. Herbstkonferenz der European University Association (EUA) „Internationalisation beyond Europe's frontiers – Enhancing attractiveness through global partnership and cooperation“, Gießen, Info: 00 32 27 88 53 19, www.eua.be (bis 10.)
8. Europäischer Kongress „Kultur ist mehr – Weltkulturelle Entwicklungen im Spiegel europäischer Städte“, World Culture Forum, Dresden, Info: 0351/2 63 09 90, www.wcf-dresden.com (bis 10.)
15. 327. KMK, Waren/Müritz, Info: Info: 02 28/5 01 – 6 11, presse@kmk.org (bis 16.)
22. European Labour Market for Academic Graduates, European University Association (EUA), Maastricht, Info: 00 32 27 88 53 19, www.eua.be (bis 24.)
23. Zweiter deutscher IT-Talentegipfel, Burg Liebenzell (Landkreis Calw), Info: 0 74 86/4 54 60, agentur@klein-wiele.de (bis 25.)

November 2009

2. Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz, Bonn, Info: 02 28/54 02-1 32, kaiser@gwk-bonn.de, www.gwk-bonn.de (bis 15.)
6. 9. Hamburger Tage des Stiftungs- und Non-Profit-Rechts, Bucerius Law School, Hamburg, Info: 040/30 70 60, info@law-school.de (bis 7.)

Kulturpolitik

Nr. 28/2009 06. Juli 2009 - TERMINE

9. Woche der Schulastronomie, Info: 02 28/73 36 48, www.astronomie2009.de
11. Herbstsitzungen des Wissenschaftsrates, Aachen, Info: 02 21/37 76-2 46, sautmann@wissenschaftsrat.de (bis 13.)
12. 23. Deutscher Berufsschultag des Bundesverbands der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) zum Thema „Berufliche Schulen erschließen Welten“, Bamberg, Info: 030/40 81 66 50, verband@blbs.de (bis 14.)
13. Vollversammlung des Wissenschaftsrates, Aachen, Info: 02 21/37 76-0; post@wissenschaftsrat.de
14. 15. Ordentliche Mitgliederversammlung der Kulturpolitischen Gesellschaft, Bonn, Info: 02 28/20 16 70, post@kupoge.de (bis 15.)
19. Fourth European Quality Assurance Forum zum Thema „Creativity and Diversity: Challenges for quality assurance beyond 2010“, European University Association (EUA), Kopenhagen, Info 00 32 27 88 53 19, www.eua.be (bis 21.)
24. Jahrestagung des Forschungsverbands Erneuerbare Energien (FVEE): Globale Märkte – Forschung und Technologieentwicklung erneuerbarer Energien im weltweiten Wettbewerb, Berlin, Info: 0 30/80 62-13 37, fvee@helmholtz-berlin.de, www.fvee.de

Dezember 2009

1. Niedersächsischer Philologentag 2009, Philologenverband Niedersachsen, Goslar, Info: 05 11/3 64 75 – 0, phvn@phvn.de (bis 3.)
10. 328. KMK, Berlin, Info: 02 28/5 01 – 6 11, presse@kmk.org

März 2010

10. Feier zum 10-jährigen Jubiläum des Bologna-Prozesses und Bildungsministertreffen der über 45 europäischen Bologna-Staaten, EUA, Budapest/Wien, Info: +32 2 7 88 53 19, www.eua.be (bis 11.)
16. Bildungsmesse didacta, Köln, Info: 02 21/8 21 24 97, c.mueller-rieker@koelnmesse.de (bis 20.)

INHALT (GESAMT)

AKTUELLES

DAAD: Großes Interesse an Deutsch-Türkischer Uni in Istanbul	2
NRW-Modellversuch zu Islam-Religionsunterricht	4
Imam-Ausbildung an Universität Osnabrück geplant	7
Projekt „Junge Migranten als Lotsen“ gestartet.....	8
Reckahner Bildungsgespräche: „Risiko Familie“ entschärfen.....	10
Heimerziehung: Jugendämter sehen Defizite bei Eltern	13
Fahrplan für den neuen Elite-Wettbewerb steht.....	13
Aigner gegen Aus für Schulobst-Programm	14
Kurznachrichten.....	15

KULTURPOLITIK

Konferenz fordert Rückgabe jüdischen Besitzes.....	16
Weg frei für deutsche Künstlervilla in Istanbul	17
Künstlersozialversicherung wird billiger	18
Kurznachrichten.....	18

BERUF UND WEITERBILDUNG

Scholz-Konzept für ausländische Abschlüsse.....	19
Nach Ausbildung nur noch Halbjahresverträge.....	19

FORSCHUNGSPOLITIK

Klima-Institut für „Wissenschaftselite“ in Potsdam	20
Servicezentrum hilft bei Entscheidungen zum Klimawandel.....	21
Luft- und Raumfahrt-Archiv nach Göttingen.....	22
Mathematikerin bekommt Alfred Krupp-Förderpreis.....	22

HOCHSCHULE

Geldnot treibt Abiturienten zum Studienverzicht	23
Qualitätszweifel am deutschen „Dr. med.“	24
Viele ausländische Studenten in Deutschland	25
Budget für Berlins Hochschulen steht	25
Kurznachrichten.....	26

SCHULE

Jede dritte Kooperative Gesamtschule wieder mit G9	27
Bayerns Hauptschulen sollen Mittelschulen werden.....	29
GEW: Stuttgart stellt nur wenig Junglehrer ein	30
Sommer: Mit TAP mehr Ausländer als Lehrer.....	31

VORSCHULE

Gemeindebund fordert Ende der Kita-Streiks	32
Projekt fördert Qualifikation von Erzieherinnen	33

TERMINE.....	34
--------------	----

Boom der Privatschulen

Das Drama vom Schulerfolg

Die Deutschen sind privaten Schulen in Hassliebe verbunden. Sie mögen sie als Experimentierkästen - aber verabscheuen sie wegen ihrer Selektivität. VON CHRISTIAN FÜLLER

POTSDAM/RECKAHN taz | Bildungsgespräche auf Schloss Reckahn. Das ist stets eine sehr würdige Veranstaltung. Die deutschen Schulbuchverleger und eine Handvoll Professoren laden sich Gäste ins Herrenhaus Friedrich Eberhard von Rochows (1734-1805). Diesmal ging es um Bildungsgerechtigkeit. Unten ist der Hausherr in Gips versunken in ein "aufgeklärtes Gespräch" mit seiner Gattin, dem Fürsten von Anhalt-Dessau und Minister Zedlitz - aber oben randaliert plötzlich einer der gelehrten Teilnehmer. Also, die Effekte der sechsjährigen Grundschule, das sei ja noch sehr offen, was da auf uns zukomme, ruft ein Professor. "Immerhin hat Brandenburg zuletzt einen steilen Abstieg in der sozialen Abhängigkeit der Bildungserfolge erlebt - trotz der sechsjährigen Grundschule."

Ungerechte Schulen

*** Ungerecht - das ist der schwerste Vorwurf, der das Schulsystem seit Pisa 2000 trifft. Kein Industrieland verteilt schulischen Erfolg so stark nach Herkunft wie Deutschland. Am schönsten ablesbar ist das an den Chancen, das Abi zu erringen. In Niedersachsen ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Akademikerkind das Abi macht, fast 5-mal (4,8) so groß wie für ein Arbeiterkind - bei gleichen Schulleistungen. Es folgen Nordrhein-Westfalen (4,5-mal so groß) und Brandenburg (4,3-mal so groß).

*** Bemerkenswert ist der Abstieg Brandenburgs, das bei Pisa 2000 die gerechteste Abiturchance hatte - damals war die Abichance für Akademikerkinder nur doppelt so hoch wie die von Arbeitern. Die Indizien sprechen dafür, dass der Gymnasial- und Privatschulboom rund um Berlin für den Abstieg verantwortlich sind. **CIF**

Genau so ist es. Im Jahr 2000 erreichten Brandenburgs Schüler das mit Abstand beste Ergebnis in Sachen sozialer Abhängigkeit von Schulerfolgen. Besser als irgendwo sonst in Deutschland. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Akademikerkind Abitur macht, war "nur" doppelt so groß wie die eines Arbeiterkindes. In Bayern lag der Wert beim Faktor 6,5 für die Kinder schlauer Leute.

Im Jahr 2006 nun sind die märkischen Kinder geradezu abgestürzt. Während sich Bayern (2,7-fache Chance) und andere Bundesländer stark verbesserten, ist die Abitur-Chance für High-Potential-Kids in der Mark inzwischen viermal so groß wie bei Arbeitergören. Damit ist Brandenburg durchgerutscht nach ganz unten (*siehe Kasten*).

Woran kann das liegen? An der sechsjährigen Grundschule, wie Walter Scheuerl behauptet, der Vorsitzende der Hamburger Elternini "Wir wollen lernen"? "Diese Abhängigkeit hat ausgerechnet in Brandenburg noch stark zugenommen, nachdem dort in den 90er-Jahren die

sechsjährige Grundschule eingeführt wurde", mutmaßt er. Das scheint nicht sehr plausibel - gab es die sechsklassige Grundschule doch bereits, als Brandenburg noch Spitzenreiter bei der sozialen Gerechtigkeit war. Experten verfolgen inzwischen eine andere heiße Spur - den beinahe unheimlichen Erfolg der Bildungsbürger, ihre Kids aufs Gymnasium zu hieven.

"Es gibt einen enormen Anstieg beim Zuzug von wohlhabenden, gebildeten Leuten in den Speckgürtel", berichtet Stephan Breiding, Sprecher des Brandenburger Bildungsministers. Gleichzeitig ist ein explosiver Anstieg der Gymnasialquote zu betrachten. Im Kreis Potsdam-Mittelmark mit der heimlichen Trutzburg des Speckgürtels, dem Örtchen Kleinmachnow, gibt es Gymnasialquoten von bis zu 90 Prozent. Nicht anders in Havelland mit Falkensee und Dalgow/Döberitz. Dorthin zieht typische Gymnasialklientel, die es wichtig findet, den Nachwuchs auf die Penne zu bringen. Wer Elternversammlungen in Kleinmachnow erlebt hat, weiß, wie aggressiv und kämpferisch das Bürgertum dort Gymnasialplätze einfordert - und sich holt. "Dieser Zuzug", meint Breiding vorsichtig, "hat die normale Brandenburger Sozialstruktur aufgebrochen."

Bildungsforscher befassen sich mittlerweile genauer mit den flatternden Brandenburger Sozialwerten - und sie bestätigen die These vom Triumph der Bildungsbürger. Ihre Schicht hat den Anteil am Gymnasium in

Brandenburg binnen weniger Jahre um fast 10 Prozentpunkte ausweiten können. Alle anderen Schichten stagnieren im Drang aufs Gymnasium. 2006 besuchten 62,7 Prozent der Akademikerkinder die Penne - im Jahr 2000 waren es nur 53 Prozent gewesen.

© taz Entwicklungs
GmbH & Co. Medien
KG, Vervielfältigung nur
mit Genehmigung des
taz Verlags

Die intellektuelle Oberschicht, so die Interpretation der Forscher des Institutes für die Pädagogik der Naturwissenschaften in Kiel, hat ihre Lektion aus Pisa gelernt. Das ist gut - aber es bringt das sensible Gleichgewicht der Bildungsgerechtigkeit sofort aus dem Lot, wenn im unteren Leistungssegment nicht ebenso große Erfolge erzielt werden. Brandenburgs Entwicklung zeigt also das Drama von Schulerfolgen und sozialer Gerechtigkeit. Besser werden allein reicht nicht. Die Schere zwischen guten und schlechten Schülern geht auf - wenn Akademikerkinder ihre Leistungen stärker verbessern als die Arbeiterkinder. So ist es rund um Berlin.

Die klugen Frauen und Männer von Reckahn nagten indes noch an einem viel härteren Kanten Brot: der Privatschule. Hilft die Privatschule der staatlichen, indem sie ihr wichtige Reformimpulse gibt? Oder reißt die Privatschule mit ihren sektiererischen Tendenzen das Schulwesens endgültig ins soziale Verderben? "Privatschulen sind eine belebende Alternative", versuchte sich die schleswig-holsteinische Ministerialbeamtin Claudia Langer im Relativieren. Einen Heiligenschein hatte sich Pater Klaus Mertes vom Berliner Canisius-Kolleg aufgesetzt. Sonderung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, das verbietet das Grundgesetz den Privatschulen. Und Sonderung - das hört auch Mertes gar nicht gerne. Er sieht sich lieber als Abgesandter eines Bettelordens denn als Leiter der besten Berliner Privatschule, die weiß Gott nicht jeden hereinlässt. "Schulen stehen im Allgemeinwohl", predigte Mertes. "Selbstverständlich kommt der Auftrag, Schule zu machen, nicht von meinen Eltern, sondern von der Gesellschaft."

Mertes und die Reckahner Gesellschaft mögen allerlei Gedanken spinnen. Das Land um sie herum ist der Beweis, wie sehr die Privatschule die Bildungsgerechtigkeit unter Druck setzen wird. Denn es scheint ja kein Zufall zu sein, dass in Brandenburg die soziale Auslese zunimmt - während zugleich die Privatschulen boomen. Die Potsdamer Schulverwalter kommen mit dem Zählen kaum nach. 158 Schulen sind in der Mark heute privat, 940 gibt es insgesamt. Macht 16 Prozent - doppelt so viel wie im Bundesdurchschnitt. Alle Schulformen der Sekundarstufe haben diesen Schnitt, nur eine überragt bei weitem: das Gymnasium. 22 Prozent aller Brandenburger Gymnasien sind bereits privat. Das ist genau jene Schulform, die das soziale Ungleichgewicht an den Schulen fördert.

Die Kieler Forscher weisen in ihrem Pisaband für das Jahr 2006 exakt aus, welche Schulformen sie getestet haben. Wie viele Privatschüler in der Stichprobe waren, ist nicht einsehbar. Auch im Bildungsministerium versucht man den Zusammenhang herunterzuspielen. "Auf den ersten Blick hat das eine mit dem anderen nichts zu tun", heißt es. Denn der Boom der Privatschulen habe erst in den letzten Jahren begonnen. "Diese Schüler sind bei Pisa noch nicht dabei."

Das ist nicht falsch. Es gibt zwar eine hohe Privatschulrate in Brandenburg, ihre Schülerzahlen aber sind davon relativ weit entfernt. Weniger als 10 Prozent der Gymnasiasten sind derzeit Privatschüler.

Beruhigen kann das dennoch kaum: Was passiert, wenn in Brandenburg die Privatschulen richtig loslegen? Wenn deren Schülerzahl die 20-Prozent-Marge erst erreicht hat, könnte Brandenburg bald einsame Spitze sein - beim sozialen Ungleichgewicht von Schulerfolgen.

In Reckahn gibt derweil Mister Canisius weiter den Heiligen. Sein Berliner Kolleg ist ja stark im Abweisen und im Abwerben von Schülern gleichermaßen. Es gehört zu jenen Schulen, die es dem Berliner Bürgertum schmackhaft machen, ihre Kinder vorzeitig aus der sechsjährigen Grundschule fliehen zu lassen. "Der Grund ist das humanistische Gymnasium", sagt Mertes unschuldig - da donnert der Saal vor Lachen. Ist es nun humanistisch, die Grundschule zu fleddern - oder wäre es nicht eher humanistisch, sie zu stärken?

<http://www.taz.de/nc/1/zukunft/wissen/artikel/1/das-drama-vom-schulerfolg>